



## Um lög og reglur, lántöku, lánveitingar o.fl. skrifað 1937 eða síðar

---

Bjarni Benediktsson – Um lög og reglur, lántöku, lánveitingar o.fl. skrifað 1937 eða síðar

## Tekið af vef Borgarskjalasafnsins

---

[bjarnibenediktsson.is](http://bjarnibenediktsson.is)

Einkaskjalasafn nr. 360  
Stjórnámálamaðurinn  
Askja 2-7, Örk 1

©Borgarskjalasafn Reykjavíkur

Umhlög og reglur

Um verðum, lauböku, launveitingar o/þ.

Skrifað 1937 eða síðar

Protokoll vid De nordiska aktiebolsråtsdelegatens sammanträden i Helsingfors den 14 - den 30 oktober 1937.

bls. 73. Cedeberg: I Finland förekommer nästan aldrig att aktiekapitalet är fixt bestämt utan bolagsordningarna pläga enligt en 15 à 20-årig praxis innehålla bestämmelse rörande möjligheten av kapitalets ökning in till visst belopp. Någon lagregel om minimi- och maximikapital finnes ej. Praxis är, att kapitalet kan höjas till tre gånger det ursprungliga.

Effektive Herabsetzung des Kapitals: Ein Teil des <sup>Vermögens (der Gesellschaft)</sup> (Kapitals) gelangt unmittelbar zur Auszahlung.

Herabsetzung des Stammkapitals:

- I. Bedeutung u. Zweck. Herabsetzung verbunden m. Erhöhung, Kürzungen. II. Rechtliche Formen u. Wesen. - 1. Kapitalherabsetzung ohne Einziehung u. zwar zur Bereinigung einer Unbilanz, oder zur Rückzahlung oder Erlasses von Stammeinlagen. - 2. Kapitalherabsetzung mittels ~~Einziehung~~ <sup>Einziehung</sup> von Anteilen. - 3. Kapitalherabs. mittels Einsummenlegung von Anteilen. - 4. Gläubigerschutz, rechtliches Wesen der Kapitalherabsetzung. III. Verfahren. 1. Deratbeschloss u. sein Inhalt. - 2. Das Verfahren zum Schutz des Gläubigers. - 3. Anmeldung u. Eintragung. - 4. Wirkung von Mängeln.

HGB §288:

„Keine Herabsetzung des Grundkapitals kann nur mit einer Mehrheit beschlossen werden, die mindestens drei Viertel des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals umfasst. Der Gesellschaftsvertrag kann noch andere Erfordernisse aufstellen.“

Durch den Beschluss muss zugleich festgesetzt werden, zu welchem Zwecke die Herabsetzung stattfindet, insbesondere, ob sie zur teilweisen Rückzahlung des Grundkapitals an die Aktionäre erfolgt, und in welcher Weise die Maßregel auszuführen ist.

Sind mehrere Gattungen von Aktien mit verschiedener Berechtigung vorhanden, so bedarf es neben dem Beschlusse der Generalversammlung eines in getrennter Abstimmung gefassten Beschlusses der Aktionäre jeder Gattung; auf diese Beschlussfassung finden die Vorschriften des Abs. 1 und des § 275 Abs. 3 Satz 2 Anwendung.

§289:

Der Beschluss über die Herabsetzung des Grundkapitals ist von sämtlichen Mitgliedern des Vorstandes zur Eintragung in das Handelsregister anzumelden.

Der Vorstand hat unter Hinweis auf die beschlossene Herabsetzung des Grundkap. nach der Eintragung des Beschlusses die Gläubiger der Gesellschaft aufzufordern, ihre Ansprüche anzumelden. Die Aufforderung ist dreimal in den Gesellschafts-

Blättern zu veröffentlichen. Bekannte Gläubiger sind durch besondere Mitteilung zur Anmeldung aufzufordern.

Den Gläubigern, deren Forderungen vor der letzten öffentlichen Aufforderung begründet sind, ist Befriedigung zu gewähren oder Sicherheit zu leisten, sofern sie sich zu diesem Zwecke melden.

Zahlungen an die Aktionäre dürfen auf Grund der Herabsetzung des Grundkap. erst erfolgen, nachdem seit dem Tage, an welchem die in Abs. 2 vorgeschriebene öffentliche Aufforderung zum dritten Male stattgefunden hat, ein Jahr verstrichen ist und nachdem die Gläubiger, die sich gemeldet haben, befriedigt oder sichergestellt worden sind. Eine durch die Herabsetzung bezweckte Befreiung der Aktionäre von der Verpflichtung zur Leistung von Einlagen auf die Aktien tritt nicht vor dem bezeichneten Zeitpunkt in Wirksamkeit.

§ 290.

Ist zur Ausführung der Herabsetzung des Grundkap. eine Verminderung der Zahl der Aktien durch Umtausch, Stempelung oder durch ein ähnliches Verfahren vorgesehen, so kann die G. die Aktien, welche trotz erfolgter Aufforderung nicht bei ihr eingereicht sind, für kraftlos erklären. Das gleiche gilt in Ansehung eingereichter Aktien, welche die zum Besatze durch neue Aktien erforderliche Zahl nicht erreichen und die G. nicht zur Verwertung für Rechnung der Beteiligten zur Verfügung gestellt sind.

Die Aufforderung zur Einreichung der Aktien hat die An-

Abholung der Kraftlosklärung zu enthalten. Die Kraftlosklärung kann nur erfolgen, wenn die Aufforderung nach Massgabe des § 219 Abs. 2 bekanntgemacht ist; sie geschieht mittels Bekanntmachung in den Gesellschaftsblättern.

Die an Stelle der für kraftlos erklärten Aktien auszugebenden neuen Aktien sind für Rechnung der Beteiligten durch die Ges. zum Börsenpreis und in Ermangelung eines solchen durch öffentliche Versteigerung zu verkaufen. Der Erlös ist den Beteiligten auszuzahlen oder, sofern die Berechtigung zur Hinterlegung vorhanden ist, zu hinterlegen.

#### § 29i:

Die erfolgte Abarbeitung des Grundkap. ist von sämtlichen Mitgliedern des Vorstandes zur Eintragung in das Handelsregister anzumelden.

Blättern zu veröffentlichen. Bekannte Gläubiger sind durch besondere Mitteilung zur Anmeldung aufzufordern.

Den Gläubigern, deren Forderungen vor der letzten öffentlichen Aufforderung begründet sind, ist Befriedigung zu gewähren oder Sicherheit zu leisten, sofern sie sich zu diesem Zwecke melden.

Handlungen an die Aktionäre dürfen auf Grund der Herabsetzung des Grundkap. erst erfolgen, nachdem seit dem Tage, an welchem die im Abs. 2 vorgeschriebene öffentliche Aufforderung zum dritten Male stattgefunden hat, ein Jahr verstrichen ist und nachdem die Gläubiger, die sich gemeldet haben, befriedigt oder sichergestellt worden sind. Eine durch die Herabsetzung bezweckte Befreiung der Aktionäre von der Verpflichtung zur Leistung von Einlagen auf die Aktien tritt nicht vor dem bezeichneten Zeitpunkt in Wirksamkeit.

§ 290.

Ist zur Ausführung der Herabsetzung des Grundkap. eine Verminderung der Zahl der Aktien durch Umtausch, Stempelung oder durch ein ähnliches Verfahren vorgesehen, so kann die G. die Aktien, welche trotz erfolgter Aufforderung nicht bei ihr eingereicht sind, für kraftlos erklären. Das Gleiche gilt in Ansehung eingereichter Aktien, welche die zum Besatze durch neue Aktien erforderliche Zahl nicht erreichen und die Gas nicht zur Bewertung für Rechnung der Beteiligten zur Verfügung gestellt sind.

Die Aufforderung zur Einreichung der Aktien hat die An-

Aufhebung der Kraftlosklärung zu enthalten. Die Kraftlosklärung kann nur erfolgen, wenn die Aufforderung nach Massgabe des § 219 Abs. 2 bekanntgemacht ist; sie geschieht mittels Bekanntmachung in den Gesellschaftsblättern.

Die an Stelle der für kraftlos erklärten Aktien auszugebenden neuen Aktien sind für Rechnung der Beteiligten durch die Ges. zum Börsenpreis und in Ermangelung eines solchen durch öffentliche Versteigerung zu verkaufen. Der Erlös ist den Beteiligten auszuzahlen oder, sofern die Brechstückung zur Hinterlegung vorhanden ist, zu hinterlegen.

§ 291:

Die erfolgte Herabsetzung des Grundkap. ist von sämtlichen Mitgliedern des Vorstandes zur Eintragung in das Handelsregister anzumelden.

Blättern zu öffentlichen. Bekannte Gläubiger sind durch besondere Mitteilung zur Anmeldung aufzufordern.

Den Gläubigern, deren Forderungen vor der letzten öffentlichen Aufforderung begründet sind, ist Befriedigung zu gewähren oder Sicherheit zu leisten, sofern sie sich zu diesem Zwecke melden.

Zahlungen an die Aktionäre dürfen auf Grund der Herabsetzung des Grundkap. erst erfolgen, nachdem seit dem Tage, an welchem die in Abs. 2 vorgeschriebene öffentliche Aufforderung zum dritten Male stattgefunden hat, ein Jahr verstrichen ist und nachdem die Gläubiger, die sich gemeldet haben, befriedigt oder sichergestellt worden sind. Eine durch die Herabsetzung bezweckte Befreiung der Aktionäre von der Verpflichtung zur Leistung von Einlagen auf die Aktien tritt nicht vor dem bezeichneten Zeitpunkt in Wirksamkeit.

§ 290.

Ist zur Ausführung der Herabsetzung des Grundkap. eine Verminderung der Zahl der Aktien durch Umtausch, Stempelung oder durch ein ähnliches Verfahren vorgesehen, so kann die G. die Aktien, welche trotz erfolgter Aufforderung nicht bei ihr eingereicht sind, für kraftlos erklären. Das gleiche gilt in Ansehung eingereichter Aktien, welche die zum Besatze durch neue Aktien erforderliche Zahl nicht erreichen und die Gas nicht zur Verwertung für Rechnung der Beteiligten zur Verfügung gestellt sind.

Die Aufforderung zur Einreichung der Aktien hat die An-

## Gang der Kapitalherabsetzung

- a) Zunächst hat die Generalversammlung die Kapitalherabsetzung zu beschließen (§288)
  - 1) Mindestbetrag des Kapitals u. der Aktien
  - 2) die Anhängigkeit der Tagesordnung
  - 3) Die regelmäßige Abstimmungsvorschrift
  - 4) der Inhalt des Beschlusses
  - 5) Besondere Vorschrift bei mehreren Aktiengattungen.
- b) Sodann erfolgt die Annahme dieses Beschlusses gemäß §289<sup>1</sup>
- c) Abdan müssen die Schutzvorschriften für die Gläubiger beobachtet werden. §289<sup>2</sup>
  - 1) Hand in Hand and gleichzeitig hiermit kann das zum Zwecke der Ausführung der Kapitalherabsetzung Zweckdienliche erfolgen: die Aufforderung an die Aktionäre, ihre Aktien zum Zwecke der Abtempelung einzureichen.
  - 2) Die Aufforderung an die Gläubiger, sich zu melden.
  - 3) Den Gläubigern, die sich melden, und deren Forderungen vor der letzten öffentlichen Aufforderung begründet waren, ist Befriedigung zu gewähren oder Sicherheit zu leisten
  - 4) Ausserdem muss, ehe die Verteilung nach Abs. 4 erfolgt, das sog. Sperrjahr abgelaufen sein. Sperrjahr: ein Jahr nach der dritten Bekanntmachung der in Abs. 2 vorgeschriebenen Aufforderung

Om redräkning av aktiekapital. Av Ernst Treffenberg. T. f. Rek. 1923  
 s. 348 Den balans är en jämförelse mellan tillgångar och skulder,  
 såda uttryckta i penningar. Det saldo, som uppstår på skuldsidan är  
 det egna kapitalet. Detta saldo, det egna kapitalet, har i balansen  
 olika benämningar: en del kallas aktiekapital, en del reservfond, en  
 del förnyelsefond, en annan del dispositionsfond eller bär något  
 annat namn, ungefär vad som behövs. Vårje är företas af bolaget.  
 Bolaget är inlett annat än att försöka att konstatera, hur stort  
 detta saldo är. Saldot är alltså rörligt; dock med ett huvudsakligt, mycket  
 viktigt undantag: den del af saldo som kallas aktiekapital är orörlig.  
 Den är orörlig ännu om bolaget alldeles saknar tillgångar. Även om  
 afk är borta, finns afk kvar - i balansen. Afk är den fasta  
 punkten i en balans, sjakt kan man säga att ungefär allt dets  
 flyter mer eller mindre. Och vad är nu anledningen till att alltså  
 afk företas denna stället, denna orörlighet? Doktrinen svarar, att det  
 beror därpå, att afk är ett bolags kreditgrundval; så länge afk icke  
 motsvaras av tillgångar, så länge får icke aktieägarna taga pengar  
 ut af fören, taga utdelning. Balansen, sådana lagstiftaren skapat den  
 och vil har den, är en kalligt övert tillgångar och skulder, i vilken afk  
 skall innsättas på skuldsidan; visa tillgångarne ändock överskott, så får  
 aktieägarna taga ut och dela detta överskott (jag bortas här från reservfonden  
 och förnyelsefonderna.) [Jf. 53 § 3 mom. och 56 § 6 mom.]. Detta förklarar lagstiftarens  
 anslagenhet att afk <sup>S. 349</sup> skall innsättas och innsättas med sitt fulla belopp på  
 skuldsidan; ty endast härigenom vinnes lagstiftaren förvisning att alltså övers-  
 skottet utdelas. Och så länge afk icke är fyllt av motsvarande tillgångar får aktieägarna

spara och spara hela vinsterna, till dess akt äter är fullt. Aktiebolags-  
balansen är alltså egentligen en vinstutdelningsbalans: den sägs vis  
utdelning för akt.

Om en akt inte hade någon annan funktion att fylla än att  
på detta sätt vara vinstutdelningsregulator, så vore nedräkning av akt  
snarast en angelägenhet utåt; det skulle då gälla allra mest att till  
det nedräkningen icke kränkte aktägarens rätt, och därefter vore  
det en skälig sak att genomföra själva nedräkningen.

Men dessvärre förhåller det sig så, att akt har ännu en funktion  
att fylla. Akt utgör tillika norm för aktägarens andel i bolaget,  
såväl i vinsten och i behållna tillgångar vid uppblåsning. Och bör  
komma svårigheterna vid nedräkning. Dessa svårigheter äro icke näm-  
värda i bolag där alla akties ha samma ekonomiska rätt; men de  
äro desto större i fråga om bolag med akties av olika ekonomisk rätt.  
Antag att ett bolag har en million kronor stam- och en million kronor  
premierakties med företrädesrätt till 6 pct.-utdelning, som huvudsaken,  
vorefter stamaktierna hava rätt till 6 pct.; därefter konkurrera samtliga  
akties om återstående vinst. Det sägs sig självt, att det måtte vore  
en inbaktat uppgift att här nedräkna akt utan att rubba aktiernas  
inbördes rätt och kränka vissa aktiegares. Ty uppenbarligen måste  
man ställa den fordran på nedräkningen, att den icke kommer att  
kränka någon aktiegares rätt. Efterskänker man den fordran, då  
utspelas problemet i nya svårigheter.

43 § 2 mom. jfr. 91 § 4 mom. Beträffande bolag med  
nedast ett slags akties.

2 jfr. 6 §, 54 § 1 mom., 55 § 1 mom 91 §-2 mom., 112 §, 114 §

S. 355. A. l. upprätt hålles skillnaden mellan å ena sidan akties  
andel i vinst och å andra sidan akties andel i behållna tillgångar.  
Andel i vinst är andel i den vinst, som enligt senast fastställda  
balansräkning står till bolagsstämmas förfogande för utdelning.  
Andel i behållna tillgångar är andel i de tillgångar, som efter det  
att bolagets gäld betelats återstå till skifte mellan aktieägare.  
... Den kanske närmast til hands liggande typen är den, där  
preferensaktierna ha företrädesrätt til viss utdelning, men därutöver  
icke någon rätt til utdelning. Här sker icke någon kränkning  
av någon aktieägares rätt til andel i vinsten, därest stamakt  
nedsättes med tillämpning av lex Compañia. Jag övergår till  
den andra huvudtypen: preferensakties ha rätt till större andel  
i bolagets vinst än som med företrädesrätt tillkommer dem.  
Här väcker det fall, att preferensaktierna ha företrädesrätt till  
viss pct. utdelning, innan alla aktieägare ha lika rätt til utdelning.  
Förstås här med tillämpning av lex Compañia nedräkning av stamaktens  
innehåll detta, att stamaktieägare gå miste om en del av den  
utdelning, som eljest skolat tilkomma dem. Här föreligger alltså  
en klar kränkning av stamaktieägares rätt. Övergå vi härifrån till  
den tredje huvudgruppen fall eller där preferensaktierna - jag avser allt-  
jämt preferensakties enligt lex Compañia, alltså preferensakties som "icke  
medföra rätt till större andel av bolagets behållna tillgångar än som med  
företrädesrätt tillkommer dem" - icke ha någon företrädesrätt till ut-  
delning och där alla akties ha samma rätt till utdelning, så införas  
en nedsettning av stamakt enligt lex Comp. alldeles som nys en klar kränkning

av samaktens rätt till andel i vinsten. - Huru skulle det skettiga  
gå, om man kunde <sup>S. 357</sup> tänka sig ett bolag, där preferensaktierna  
hade rätt till utdelning först efter övriga aktier? Ja, här äntligen är en  
tillämpning av Lex Comp. klart utsluten, ty här har vi i själva verket  
att göra med två slags preferensaktier: aktier med företrädesrätt i be-  
hållna tillgångar och aktier med företrädesrätt i vinst; Lex Comp.  
avser emellertid nedläggning allanast av icke-företrädesaktier, del  
av akt., och någon sådan del finnes icke här. Vår tillämpning  
av Lex Comp. är utsluten alla de fall av aktier med olika rätt,  
som kännetäckes därav, att aktieklasserna äro successivt företrädes-  
rättigade till utdelning, enligt 3 klasser A-klassen har företrädesrätt  
till 5 pct., därefter har B-klassen företrädesrätt till 5 pct., innan alla  
aktier ha samma rätt till utdelning, med detta schemas många vari-  
anter. I alla dessa fall är, sägs jag, en tillämpning av Lex Comp.  
utesluten, ty då ingen del av akt. finnes, som icke i en viss  
situation är företrädesaktier, så finnes här icke något icke-före-  
trädesaktier kapital, och det är ja endast dykt kapital som  
är föremål för Lex Comp. nedläggningens omsorg.

S. 358. Vad vår a.l. fordrar för beslut om nedläggning av 1/4 är vanlig  
ordnings-ändring - majoritet i fråga om bolag, där alla aktier hava  
samma rätt. Lagen vill väl emellertid påstå, att en sådan ned-  
läggning lagligen kan ske på det sätt, att vissa aktiers nedläggas till  
hälften, andra till 1/4 (givetvis alljämt med isaflytande av att alla  
aktier ha samma värde) och andra ätas helt undvagas. Lagen vill  
väl heller påstå att nedläggningen kan lagligen utföras på det sätt,

att visserligen alla aktier nedsättes till hälften, men att därovid vissa aktieägare (majoriteten) tillerkännes rätt att återfå hela sina insatser, under det att andra aktieägare (minoriteten) icke tillerkännes sådan rätt. Något förbud i lagen mot en sådan räkning av <sup>S. 339</sup> aktiers insättes rätt och en sådan kränkning av vissa aktieägares rätt finnes icke. Det är utan vidare klart, att nedrättningen icke får ske på sådant sätt.

..... Man kan peka på, att vid aktiers med olika rätt föreligger en gruppering av intresse motsatser, naturliga stridsformationer från början fördriga till angrepp och maktmissbruk. Man kan vidare peka på, att rättsförhållandena inom bolaget med olika slags aktiers rätt bliva så komplicerade, att det ofta nog kan vara svårt att bedöma om en rättskränkning föreligger eller ej. Härmed må man förhålla sig hvar som helst. Den extra garantin mot kränkande nedrättningar, som givits dessa bolag, har blivit dem till en oönskelig tvångströja, som de vilja komma ur. Ty den betygar dem rörelsefriheten och förhindrar nedrättningar, som kunna vara av förhållandena påkallade och önskvärda eller rent av nödvändiga. Garantien mot rättskränkande nedrättningar <sup>huvud</sup> har kommit att verka prohibitivt mot nedrättningar <sup>över</sup>.

... S. 360. ... nedrättning utan kränkning. ....

Först og främst tillgodoses man herr Löfgrens krav på lättnader för det fall, att olikheten mellan aktiers består i olika röstvärde. Man vinner i själva verket alla de fall, där olikheten icke består i olika rätt till vinst och behållna tillgångar, och således icke är av direkt ekonomisk art. Jag vinner altså ex. de fall, då olikheten består i att var av två eller flera aktieklasser för sig väljer visst antal styrelsemedlemmar och utses revisor.

Flere er: jeg vinner det egendommelige men ej overalege fellet att  
aktiesolag, fastighetsaktiesolag, äro indelade i våningar snarare än i  
aktieklasser: innehavare av aktierna 1-100 ha rätt til nedesta  
våningen i ett hus, aktierna 101-225 till en trappa upp etc.  
Och jeg vinner andra liknande rättsliga visunder.

Jeg vinner vidare alla de fall, där olikheten mellan aktieklasserna  
består deri, att viss del får mig säga hälften av utdelning och  
behållna tillgångar skall gå till en klass, under det andra hälften  
går till en annan klass. Här kan ju andra klassens alla ägare  
skämsättas utan att någon kränkning sker. ....

S. 161. .... Man antog att den, vars rätt skulle genom nedläggningen  
kränkas, av någon anledning säger, att han finner sig i kränkningen.  
Då har bestyrelsen icke någon anledning att motsätta sig räkningen.  
Nolenti non fit injuria.

Man börjar principen, den gemensamma principen för alla nedlägg-  
ningar, vara sig alla aktier ha lika rätt eller ej, att utforma sig: be-  
skut om nedläggning fattas med vanlig ordnings-ärendes-majoret;  
innehåller beslutet rebbning av aktiers inbördes rätt fordras jämväl  
samtlycke av de aktieägare, vilkas rätt genom räkningen försämrats."  
"Detta är ju i själva verket samma tankegång, som ligger Salomon lagens  
fordran på attas samtlycke ind aktier med olika rätt; men lagen har  
skjutit övert målet genom att fordra jämväl deras samtlycke, vilkas rätt  
icke försämrats.

Härmed har man da vunnit jämväl samtliga de fall, där en grupp aktie-  
ägare ställt sina aktier till förfogande för nedläggning eller bestämning; ....

S. 164. För ändring av röstvädset fordras allas samtycke. Jag yttrade uppsatt att detta knappast kan gälla en formal ändring, som reellt innebär mot-satsen till ändring, kvarantän en status quo. ....

Den nedläggningen sker för att täcka brist eller för att värdeställa åter-betaling till aktieägarna. Tillas man kan tänka sig <sup>S. 315</sup> följande fall: ett bolag, som har en brist på 1/2 million, nedlägges <sup>5.315</sup> med 1 million, därav 1/2 million användas att täcka bristen och 1/2 million till kapitalåterbetaling till aktieägarna.

Nu frågas, hur betydelse för beslutet om nedläggning det har, at nedläggningen skall vara formal med återbetaling av  $\frac{1}{2}$ . Svaret härpå är, att denna omständighet har först og främst betydelse för det sätt, på vilket aktieägarna komma att rösta. Och därför är det en ovillkor-lig fordran att aktieägarna skola, när de rösta, veta klart och tydligt vad nedläggningen innebär. Skall profrens  $\frac{1}{2}$  betecknas utan återbetaling, så röstar stamaktieägaren för, och profrensaktieägaren mot; skall det avlysas mot återbetaling, så kan det hända tvärtom, att stamaktieägaren röstar mot och profrensaktieägaren för; eller båda röst för.

... S. 166. Jag har för en stund sedan sådant visat, vad det är som gör frågan invecklad. Skulden läggs hos  $\frac{1}{2}$  dubbla funktioner. Vore det så, att  $\frac{1}{2}$  endast hade till uppgift att vora den oförändrbara beständel i balansen, som tilläggas när utdelningskor vinst före-liggat, då vore nedläggningen en enkel sak, en sak endast mellan bolaget och dess borgmästare. Men nu har  $\frac{1}{2}$  tilläggvis även den andra funktionen, som den föresten fyller deligt, nämligen att utgöra norm för aktieägarnas ansed i bolaget. Jag säger deligt, ty  $\frac{1}{2}$  ensamt fyller icke denna funktion utan behöves hjälps av suppleante regler i

bolagsordningen. Jag antar att bolag med en million stam- och en  
million preferensaktier med företräde till 6 pct. utdelning, som kumu-  
teras, därpå följer de stamaktierna samma rätt, och sedan konkurrera  
alla aktiers lika. Om allt detta för jag bra liten föreställning  
utskott genom styrelserna, att 4k är 2 millionar, därav 1/2 preferens.

Om man nu bestämmer, vad det är man vill vinna genom en  
nedättning av 4k, så ligger ju saken regelrätt så, att man vill  
sätta ned kapitalet i balansen för att tidigare kunna utbeta.  
Man vill bara sätta kapitalet i dess funktion i balansen; man vill  
inte alls röra vid kapitalet såsom norm för aktieägarnas inbördes  
rätt. Man svårigheterna vid nedättning äro utskutande lönerna  
vid 4k såsom sedan norm. Orsaken är konsekvenserna. Låt nedättning  
av 4k vara vad den är, en affär mellan bolaget och dess bestyrare.

Blandar inte onödigtvis in rättsförhållandena inom bolaget. Sålunda  
balans 4k, med rättens tillstånd, och skapa förhållanden tidigare utbetalningar  
vinst. Och låt sedan aktieägarna <sup>5.367</sup> besluta utdelning och dela rovet  
enligt samma orsakliga grunder som föref.

U. J. R. 1922. B.

Islandsk Aktielovgivning. Af H. B. Krammel.

§ 81. Den isl. L. opstiller væsentlig de samme Betingelser for A/S. Skiftelse som den danske L., men kræver yderligere Oplysning om, hvorvidt Skifterne betinges sig Skilling i Selskabet eller andre Fordele, ligesom det, hvad der maa anses for meget praktisk, skal oplyses, hvor meget hver enkelt Skifter indlægges, medens den danske Lov kun kræver det af samtlige Skifters tegner's oplyst. Den med St. O. skal være ens offentlig, hvad enten Kapitalen tegnes med det samme, eller det skal ske offentligt Medens, saa kræves det i sædte Tilfælde, at den egentlige Skiftelse først findes Sket paa et efter Tegningens Sketning stedfindende Møde af alle Aktieegnere til Vedtagelse af Vedtagtes.

På Skiftelse af et Selskab kræves 5 Mænd (eller kvinder), der hver skal tegne sig for 2000 Kr. Akties, saaledes at et A/S. Minimums-Kapital bliver 10.000 Kr. ....

Medens den danske L. kun kræver Indbetaling af 10 p. Ct af A/kap. (25% for Forsikrings-selskaber) kræver den islandske L. i alle Tilfælde indbetalt 25 p. Ct.

§ 82. Den d. A.L. § 23 foreskriver. „ Den isl. L. kræver udtrykkelig Samt. af Gfs., men begrænser Forpligtelsen til Proklamas Udretelse til de Tilfælde, hvor Kapitalen formidles med Hædelens og Nedrettelsen medføire Udretning til Aktionærerne eller disses Inngivelse for Tegningsforpligtelser - en Regel, der rummer en ikke ringe Fare for Kreditorerne, der saaledes maa finde sig i, at indtil Halvdelen af et Selskabs Kapital tilbagebetales Aktionærerne, uden at de faar Lejlighed til forinden at gøre deres krav gældende, ligesom der ikke ses at være truffet Bestemmelser imod, at en saadan indvordis Nedrettelse gøres efter kort Tids Forløb. - Proklama er i dette

Tilfælde lig som hid som efter d. l. prækluseret, men der sættes en  
forældelsesfrist af 10 Aar for det krav, Indskærs af Retten eller Retnings  
beviser har paa Selskabet i Anledning af Nærskærsen.

S. 84. Ved Omskærselse eller Sammenslutning af et Selskab med et  
andet skal Likvidationsregulering iagttages, en Regel, der i sin Udsting skal  
skydes over Meget, og i bedste Fald kan volde Vanskeligheder, idet et  
Proklamas Udstedelse og Kreditbrevs Udgangsgælden derafter kan modvirke  
Formålet med Sammenslutningen, der maatte netop ske for at undgaa  
en langsom sekessiv Opfyldelse af det nye Selskabs Forpligtelser.

S. 81. Denne Lov (den ist.) er paa de fleste Punkter affattet med  
den d. H. L. af 29. Sept. 1917 som Forbillede, men synes paa flere  
Punkter at have faaet en heldigere og klarere Udfærdelse end denne.

S. 85. Som det vil ses, har den ist. L. netop fundet og forberedt  
en Række af de Bestemmelser, der har gjort den d. H. L. uklar og uafgjort  
gørende, og det naar anses for ubrændt, at den ist. L. paa flere  
Punkter vil kunne tjene til Forbillede ved den Revision af den  
danske Lov, som ikke kan lade vente længe paa sig.

H. B. Kranchel: Aktiekapitalens Nedsettelse. MjB 1929 B. p. 33-46.

Nedsettelse af et A/s's Aktiekapital sker enten som led i: I. Selskabets Rekonstruktion (Samsving) paa Grund af Tab eller <sup>II</sup> Overkapitalisering, uden eller i forbindelse med Tilførsel af nyt Aktiekapital, eller <sup>III</sup> til frigørelse af oversflødig Kapital eller <sup>IV</sup> Henhold til Kontrakt- eller vedtægtsmæssig Forpligtelse (Amortisation).

i. i. Rekonstruktion paa Grund af Tab. Det er ovenalt i aktivtellig Lovgivning et fast Princip, at Udbetaling af Udbytte ikke er tilladt, saalænge der henstår uafskrevet Udsvækket paa tidligere Aar. Og end ikke Aktionærerne, selv enstemmige Ansøgende af Udsvækket som et konstateret Tab af en Del af deres Aktiekapital kan give dem Ret til Udbytteudbetaling, selv om Kreditorerne iøvrigt maatte være tilfredsstillende, og Driften maatte afkoste et saadant Overskud, at der i og for sig ivalde være tilstrækkelige Midler for Haanden til at give Udbytte til dem i Behold værende Kapital. Det er derfor naturligt hos Aktionærerne til Stede en Trang til ved Nedskrivning til de samlede Kapitalordret at sætte Næjen for Udbytteudbetaling. Ønsket om Muligheden heraf: Forbindelse med Fordelene i et kreditmæssigt Hensende ved at kunne fremlægge et Requærat uden en henstående betydelig Tabssaldo trykkes imidlertid af skattemæssige Hensyn, idet det ønsket, der efter Nedskrivningen maatte <sup>blive</sup> være sporbejdet, ikke paa noget Maade

Tidspunkt kan kræves til Genopretning af den  
tabte Del af Aktiekapitalen, j. tkr. gennem Dividende,  
uden at indtægtskatter. Disse Hensyn må derfor  
nå afvejede ved Fixeringen af Nedskrivningens Omfang, idet  
en for vidt drævet Nedskrivning vil kunne komme til at  
virke ubillig overfor de gamle Aktionærer. Disse  
Kreditorerne, man siger at være interesserede i Nedskriv-  
ningens <sup>S. 34/</sup> Omfang, thi selv om denne ikke i Øjeblikket  
medfører nogen Forringelse af de Midler, som de har  
Kraav paa Tilbagebetaling af, kan det ved Nedskrivningens  
saaknes Adgang til en Udbytteudbetaling, der vil kunne  
blive dem til Skade, jfr. Angdehl: Aktieselskabet og  
norsk Ret, S. 183; i Haende, hvor det ogsaa til Nedskrivning  
paa Grund af Tab udtrædes Problema, har Kreditorerne Midler  
til at sikre sig i Tide, og Spørgsmaalet om Nedskrivningens  
Omfang har i saa Fald ikke den Betydning for Kreditorerne,  
som hvor Nedskrivningen kan ske uden videre Forholds-  
regler overfor dem, som Tilfældet er efter A. L. af 1917.

Naar det ved en Rekonstruktion konstateres saa  
store Tab, at Aktiekapitalen formelt er fuldstændig tabt,  
burde Følgen heraf være, at Selskabet skulde træde i  
Liquidaation eller opløses konkurs, idet den retlige  
Basis for Aktieselskabets Eksistens da er borte, men at  
saadant Kraav som absolut Norm vilde kunne virke  
uheldigt, idet Selskabet ofte i sig vil indbetale en

forretningsmæssig hidsværdi gennem sin Kundefæds, der  
vilde forringes under en Rekonstruktion eller Konkurs,  
medens den under Selskabets fortsatte Eksistens  
vil kunne danne Grundlag for Indskud af nyt Aktie-  
Kapital vare sig fra Medjemand, der vil indskytte  
kontant Kapital, eller fra Kreditorer, der vil konvertere  
deres Tilgodehavende til Aktier, hvorved en saadan  
good-will-Værdi vil kunne komme Kreditsæerne, og  
tillyde de hidtil værende Aktionæres eller værdiløse  
Aktiers tilgode, saa at de kan sættes til en ned-  
skrevet Værdi, som den absolut nødvendige Basis  
for Selskabets videre Bestaan. (U. J. A. 1928. B. S. 371)

S. 35 2. En Rekonstruktion kan være nødvendig paa  
Grund af Overkapitalisering hidrørende fra Udelsen  
af for stor good-will ved Skiftelsen eller ved en  
nyere Overtagelse af Formueverdi; denne good-will  
kan være ydet for den rent forretningsmæssige  
Værdi, Kundefæden i en gammel Forretning, som Under-  
lag for et overtaget hidtil uudnyttet Patent, Vore-  
mærke o. l. - den rane good-will - eller ligge i en  
for høj Ansættelse af overtagne Ejendomme, Maskiner,  
Skibe etc. Saaer denne goodwill ikke til Aktivernes  
sande Værdi eller som ren good-will er urimelig  
højt anset, vil den forhindre Aflastning af et pass-  
ende Udbytte af Aktiekapitalen, idet Selskabet er overkapitaliseret.

For at muliggøre en rimelig Forrentning af de  
sande Værdier i Selskabet kan en Nedskrivning  
af Aktiekapitalen være nødvendig, idet der samtidig  
paa Aktivsiden i Balancen foretages en Nedskrivning  
af den egentlige good-will-konto, om en saadan  
findes, eller af Ejendomme og Anlæg. Denne Art af  
Nedskrivning forudsætter ingen kende Tilværelsen af  
nogensomhelst Tabskonto, og Nedskrivningen synes da  
direkte kun at vedrøre Aktionærerne, der man se deres  
tilsvarende Kapitalværdi forringet; men da det Kredit-  
grundlag, Kreditorerne har arbejdet med: paa den ene  
Side en Aktiekapital af en vis Størrelse, paa den anden  
Side Aktiers af en vis Værdi, ved Nedskrivningen forand-  
res, selv om der ikke udbetales noget direkte til  
Aktionærerne, berøres ogsaa deres Stilling til Selskabet i  
en saa væsentlig Grad, at det ikke, som ved Afskrivning,  
paa Grund af Tab burde være Afgang til at  
foretage Nedskrivningen, for Kreditorerne havde faaet Tilfreds-  
gørelse eller givet Samtykke dertil, d. v. s. Nedskrivningen  
burde ikke kunne ske uden Medvirkelse af Prokuratorerne.

II. Kapitalnedskrivning skyldes en Indskrænkning af Sel-  
skabets Virksomhed, der under andre Driftsformer eller ved  
Begrænsning af Formålet ikke længe udkræver saa  
stor Driftskapital som Aktiekapitalen repræsenteres, eller endelig  
skyldes et saa godt Driftsresultat gennem en Aarrække, at

Reservernes Størrelse muligvis Tilbagebetaling inden Risiko af en del af Aktiekapitalen.

III. Endelig maa nævnes den Art af Kapitalindsættelse, der sædvanligvis betegnes som Amortisation, et Begreb, der undertids ofte omfattes under Art af Tilbagebetaling af Kapital, men i snævrere Forstand forstås en i altfald i visse Henseender forud lagt Plan for Tilbagebetalingen eller i altfald forud opstillede Betingelseres Indtreden. Det er egentlig stikende mod Aktierettens Natur, at nogen del af Aktiekapitalen skal kunne tilbagebetales inden Kreditorernes Samtykke eller forudgående Tilfredsgørelse, men man anerkender, som det synes overalt, Muligheden af en Tilbagebetaling af Aktiekapitalen inden Slutningen af dette Hensyn, naar Kreditorerne forud for Tidspunktet af deres Engagement's med Selskabet har haft Afgang til at blive bekendt (gennem Registreringen) med Amortisationens Forventninger, og endvidere ofte betinget af, at der er et Overskud, hvorefter Tilbagebetalingen kan ydes. Tilbagebetalingsplanen bør sættes fastsættes ved Selskabets Stiftelse eller ved Optagelse for dennes Fremkomme, medens det bør være udelukket, at det mindst under Selskabets Liv, saaledes som nu muligt efter danske Ret, kan bestemmes, at Aktiekapitalen herefter skal kunne amortiseres.

Nærskælle af Aktiekapitalen ved Amortisation sker  
nærlig 1) fordi Indskydterne af en vis Del af Kapitalen  
udtrykkelig har betinget sig relativ hurtig Tilbage-  
betaling ved forlovs Afværelse i dette Øjemed af Over-  
skudet eller ved Tilbagebetaling til bestemt Tid af-  
sette den i Driften anvendte Aktiekapital, i hvilket Til-  
fælde den amortisable Aktie for en stor Højhed  
med Obligationen, - eller 2) fordi Selskabets Formaal  
er tidsbegrænset, nærlig ved koncessionerede Jernbane-,  
Sportvæjs-, Telefon-, Gasværkselskaber o.s.v., hvor Aktierne  
efter en vis Tids Forløb skal afløses, helt eller del-  
vis uden Beslag, til koncessiongivnen, - eller 3) fordi  
Selskabets Aktier, hvis Realisation er Selskabets eneste  
Formaal (Nedskydningselskaber, Udlovningselskaber o.l.)  
bliver tilviede og overflødige for Driften; denne Amortisa-  
tion har nærmest Karakter af Likvidation

1) Ved Bestemmelsen af om der foretages et Aktieaktie-  
eller obligationsretligt Skæbforhold, er det i Første Række  
afgørende, om Selskabet skal give fast Rente eller give  
Andel i Udbyttet; men Aktien og Obligationen kan iøvrigt  
have saa mange fælles Træk, at Afgørelsen kan være tvivlsom;  
den enkelte Tid har skabt en Hybrid som kaldes en  
Middelform, en Slags Risiko-Obligation, der løber med fast  
Rente (og alene derfor ikke kan være Aktie) og amortiseres af  
Selskabet, men samtidig deltages i den Risiko, som ellers alene

paahitot aktiekapitalen, idet Lovene først for Debetning efter  
at de øvrige Kreditorer er fyldstgjorte, men først for Aktie-  
kapitalen selv. I Sverige og Norge har denne Aktie-  
Obligation  
form (Förtegsvaris) været kendt i en Aarsrække

§ 37 Angående Meaden, hvorpaa Kapitalnedsettelsen skal  
ske, jfr. Norsk Lov § 85, sv. L. § 50, H. G. B. § 288, fransk L. 1867  
§ 31, jfr. L. 1913, schw. Obl. Akt. 6:26 og 6:70.

Dansk Lov om A/s af 1917 §§ 22-24 omfatter efter Ordene  
af Amortisation, c) Tilbagebetaling eller Eftergivelse af Skyldig  
Lidbetaling paa Aktionærforbrøningen i Henk. t. dem for det  
enkelte Tilf. fæltet Bestættning, c) „endless Tilbagebetaling af Lid-  
skud, der formindsker den anmeldte Aktiekapital“ - en Generalklause,   
der i sin Almindelighed er ganske uklar. Loven nævner ikke udtrykkelig  
Kapitalnedsettning i Anledning af Afskrivning af Tab. Følger  
maa i contr. være, at der bl. a. ved Nedsættelse p. Gr. af Af-  
skrivning af Tab ikke skal udstedes Proklama, men kun skal  
iagttages, hvad der er en konsekvens af den vedtægtsmæssige  
Ændring af Kapitalens Størrelse. A. L. aktens endvidere Afgang  
for en faktisk fuldstændig Omgaaelse af Nedsettningssagerne  
i § 23, idet det efter <sup>15/381</sup> § 25 er tilladt Selskabet at erholde nye Aktier

Nedsættelse under 5000 Kr. ikke tillades, jfr. H. L. § 22. I Praxis  
antages dog, at samtlige Aktionærer kan samtykke fuldstændig  
Annulteration af deres gamle Aktier, naar de enten selv eller i  
Forening med andre indskyder nyt Kapital til mindst 5000  
Kr. Selskabets Karakter formeelsmæssig og økonomisk maa dog bevares

thi eller kunde denne Metode søgtes til Brug af  
Regler, som ubehøvet maa iagttages ved Selskabets  
Stiftelse.

Til Nedsættelse ved Udbetaling til Aktionærerne, bortset  
fra den egentlige Amortisation, udtrædes 2) en Generalfor-  
samlingsbeslutning 3) Anmeldelse til Aktieselskabsregisteret (§ 23)  
opstiller dog ikke dette krav, jf. nedenfor) 3) Meddelelse af  
Proklama 4) og Anmeldelse, naar Nedsættelsen har  
fundet Sted.

Da Beslutningen medfører en Ændring af Vedtægternes  
Kapitalangivelse, ev. tillige en Ændring af disses Angivelse  
af Aktiernes Størrelse samt deraf udeløbende følgende Ændring  
af Stammeretens og andre Bestemmelser i Vedtægterne, maa  
Beslutningen fattes med den Majoritet og paa den Maade  
der udtrædes for Ændring af disse. Gaar Beslutningen  
om Nedsættelsen ud paa en ligelig Udbetaling paa  
alle Aktier, kan den enkelte Aktionær ikke modsætte  
sig en Flertalsbeslutning i saa Henseende, men skal  
Nedsættelsen ske f. Eks. ved Udtrækning af enkelte Aktier,  
er en saadan Beslutning ulovlig, medmindre den ved-  
tages enstemmigt af samtlige Aktionærer, hvori ogsaa maa  
indregnes de ikke stammeberettigede; det kunde maaske  
hendes, at den enkelte Aktionær maatte finde sig i,  
at f. Eks. samtlige Præferencaktier (eller en ligelig  
Nedsættelse) med Enstemmighed og iøvrigt med vedtægtsmessig

Majoritet for Andring af Vedtægterne undtagen en Kapitalud-  
tætte ved Udskiftning af samtlige Præferenceløst eller en  
ligeleg Nedskættelse af disse, idet § 336 efter Ordene kan  
gives en Aktioners Bestyrelse for med egen Vilje at  
lade sin Aktie indløse, og saaledes ikke direkte om-  
handles de Tilfælde, hvor Bestyrelsen ikke berøres kan  
Aktie, men alene gaa ud paa en Løstribelse af andres  
Aktioner. § 33 er dog ifølge Praxis ikke udtømmende, idet  
de der givne Regler med suppleres med den enkelte  
Aktioners Ret til Hovedse af den ligestilletted, som  
kan efter Forholdets Natur med have i et Aktieselskab,  
hvoraf følger, at en Majoritet ikke kan tildele sig  
selv Rettigheder eller Fordele paa de øvrige Aktioners  
Behovning; jfr. UfR 1924 A. p. 147.

Naar Nedskættelsen rammer Aktionerne ligeligt, kan  
Bestyrelsen iøvrigt gaa ud paa en hvilken som helst  
Form for Revolution af deres Anvendelse, hvor sig ved en  
Nedskættelse af Kapitalen til en Procent af Aktienes tid-  
ligere nominelle Værdi eller Annullation af en Procent  
af hver Aktioners Aktieantal o. s. v.

De Vedtægtsændringer, som Nedskættelsen nødvendiggør, faar først  
Effektivitet, naar Nedskættelsen efter Aktiernes Udvalgte har  
fundet Sted, og de kan ikke ansigtes for dette Tidspunkt,  
da den Mulighed dog teoretisk er til Stede, at Annulteret  
af Fordringer i Hænk l. Proklameret kunde uanset ligge gennem-

forelsen af Kapitaludvalletten. Derfor bør selve Beslutningen om den personlige Nedsettelse anmeldes som et Supplement til Proklamaet; thi vel kan det maake holdes, at Proklamaet, bekendtgjort paa den af Lovens træiede Maade, naar anses for kommet til Tredjemands Kendskab, men herom siger H. L. intet, og Spørgsmaal er derfor saavidt for, hvilken retlig Virkning Proklamaet har overfor den Tredjemand, der efter dets Meddelelse indgaar Pacts handling med A/s paa Grundlag af den anmeldte Kapital, naar der ikke af Registeret fremgaar noget om den tegne Beslutning om Nedsettelsen. For Annælelse af Beslutningen dermed sket til Registeret, og Bekendtgørelse deraf optaget i Statskredsene, er Beslutningen bindende for Tredjemand, jfr. H. L. § 51; Annælelse bør derfor ske.

B. 40. Samme økonomiske Virkning for Aktionærerne og for Kreditorerne som den direkte Udbetaling har Kapitaludvalletten ved helt eller delvis Bortfald af Aktionærernes Forpligtelse til Indbetaling, hvorfor § 23 ganske sidestiller disse to Hæder af Nedsettelse. Bestemmelser rammes ikke alene de Tilfælde, hvor der, jfr. A. L. § 17, er udstedt Aktionærforordninger, men ogsaa de Tilfælde, hvor Forordning ikke er eller skal udstedes, men hvor Indbetalingen paa bestemte Akties er fikseret til bestemte successive Terminer, og Aktionæren har underkastet at foretage sine pligtige Indbetalinger; det er dog antaget i Praxis, at Nedsettelse kan ske uden Proklama, naar Aktionærens Forvalter er godtgjort under en Tilsættelse eller ved hans Konkurs

eller ved, at hans Dødsbo er sluttet som insolvent.

Sit en lovlig Nedsettelse af Aktkapitalen ved Udbetaling eller Nedsettelse af Indbetalingspligten kræves som anført i Almindelighed Meddelelse af Proklama, men ved en uklar Affattelse, der har ført til Sammenblandning af Form og Formål, har § 23 aabnet Adgang for en Omgangsmaade, der efter Ordene her maattet tages i Breg ved Siden af og som liggende med Proklama-Institutet, nemlig Anmeldelse af en Beslutning om Nedsettelsen mindst et Aar forud for Udbetalingen eller Tøftergivelsen; at der herud skulde være tilgjet noget i Retning af det i germaniske Lande kendte Sperrjahr fyldt indet paa, og dette er forøvrigt kun et Led i de paa gældendes Landes Proklama-Institut. Lovgiveren har formentlig villet give den fornødne Hjælp til den egentlige Amortisation af Kapitalen efter en bestemt forud lagt Plan, men Ordene forer videre, idet de ogsaa omfatter den Kapital nedsettelse, der sker ved Udbetaling en udbetalt Gang, saaledes at ogsaa denne kan ske efter et Aars Registrering af Beslutningen, medens den selvfølgelig kun burde kunne ske i H. L. indtækt Proklama; jfr. om denne Ordning Prof. Torp i Jur. Tidsskrift 1918 S. 16-17.

Bestemmelserne i § 23, 2. Stk. refererer sig direkte kun til den om § 23 siges: "hvorsom der mindst et Aar forud er foretaget Anmeldelse til H. L. men dette man i Forbindelse med H. L. § 51, 2. Stk. fortaas som en Anmeldelse, der har ført til Registrering og Bekendtgørelse, saa at den derved er blevet bindende for enhver 3. mand. Hærspisken regnes derfor for Bekendtgørelsesdagen i Statsbev. af Registreringen

Proklama udstedte Bekendtgørelse, men det der over hovedet bringes  
en Mening ud af Høveden, maa den pågældende Bekendtgørelse  
omfatte ogsaa Udøvelsen af Caset efter Registreringen af Bestud-  
ningen, og man har fra Registrarets Side - med <sup>(S. 41)</sup> Udvisning af Høj-  
i Tilfælde hvor der kræves Godkendelse af en Selskabsbetaling,  
anerkendt kravets Fremsettelse inden Aarsfristen som retsgyldig  
efter § 23, 2. Stk.

Udtryk for Ordene i § 23, sidste Stk., at „enhver“ Tilbagebetaling  
af Udskud, der formindsker Aktiekapitalen, kræver Tagttagelse af Reglerne  
i § 23, 1. Stk., sæbner H. L. § 25 som foran bemødet en direkte  
Adgang til Omgaaelse af disse Regler ved at tillade ethvert  
Selskab at erhverve sine egne Aktier; ombrødt ubegrænset Om-  
fang, altsaa foretage en faktisk Tilbagebetaling af Selskabets  
Kapital uden Tagttagelse af andet end en Anmeldelse til H/s.-Reg,  
efter at Tilværelsen har fundet Sted og Kapitalen er gaaet  
ud af Selskabets Kasse; medens Nedsættelse efter § 23 kræver et  
forudgaaende Proklama, og Udøvelsen i Skrid med disse  
Regler er strafbar efter H. L. § 25 og 26, at Udøvelsen af egne Aktiers  
saaledes strafbar; gør Selskabet sig insolvent derved, vil de Dispositionen  
dog formodentlig kunne afbræktes.

Har Selskabet end retsgyldig erhvervet et Parti egne Aktier  
og altsaa foretaget en Tilbagebetaling af en Del af Aktiekapitalen, med-  
føies dette dog ikke Ret til uden Tagttagelse af § 23. Reglerne at nedbringe  
Aktiekapitalen med det til Aktierens nominelle Udlydende svarende Beløb;<sup>1)</sup>  
i Regnskabet men Beholdningen af egne Aktier derfor ikke fradrages under Passivens,  
men skal optages under Aktiverne som „Beholdning af egne Aktier“ med Ud-  
købsprisen, medens det nominelle Beløb bør anføres indenfor Udvæ-  
rket.

man er disse Regler opfyldte, kan Aktiekapitalen nedskrives, og der er da intet til Hinder for at knytte en ved Overtagelsen [Forsikrings] Kassepost til Afskrivning af Tab eller lign. Saks:

<u>Aktiver:</u>	Regnskab	Afskrivning	Ny Status
Divare Debitorer	650.00		650.000
Beholdning af egne Aktier (200.000)	50.000	50.000	
Tab	<u>300.000</u>	<u>150.000</u>	<u>150.000</u>
	1.000.000	200.000	800.000
<u>Passiver:</u>			
Aktiekapital	500.000	200.000	300.000
Andre Kreditorer	<u>500.000</u>		<u>500.000</u>
	1.000.000	200.000	800.000

Fornælt omfatter §25 vel ogsaa Ret for et Selskab til at skrive egne ikke færdigt indbetalte Aktier, til hvilke der er knyttet Fuldbringingsforpligtninger. Det kunde dog være tvivlsomt, om Retten kan udstrækkes saa langt, da man sandsynlig kan antage Selskabets Ret til at gøre sig til sin egne Debitor under en Regnskabspost: Aktionærens Forpligtninger, der skulde gjæne <sup>§. 42</sup> Kreditorerne som et Fornætkapital, idet det end ikke kan tvivles, at det i Regnskabet udtrykkelig siges, at en Del deraf svarer til Posten „Beholdning af egne Aktier“.

Har Selskabet ugang udlevt Friakker og paa et senere Tidspunkt vil tilkøbe de saaledes til Aktiekapitalkontoen overførte Beløb, kan dette, jfr. U. f. R. 1919. B. S. 24; formentlig kun ske under Tægttagelse af §23-Reglerne; se S. H. R. D. i U. f. R. 1920. A. S. 295 her imidlertid

anerkendt som gyldig en formløs Nedlægning af Aktiekapitalen ved Tilbageførelse til Reservecapitalen af et som Friskøb til Aktiekapitalen overført Beløb, idet Tilbageførelsen ikke medførte nogen Udbetaling til Aktionærne; dette var maade i en saer an forsvarelig Afgørelse, da Tilbageførelsen skete relativ kort Tid efter Udskedelsen; Dommen kan dog ikke anses at give nogen almindelig Regel; et Kapitalforhøjsden sket for længe Tid tilbage, vil Selskabets Kreditorer i Almindelighed kun faa sig ved det registrerede Kapitaltal og en pludselig formløs Nedlægning med det tilbageførte Friskøbeløb vilde være uforsvarlig overfor dem; Medlemmerne udbetales vel ikke, de forbliver i Selskabet blot paa en anden Konto, saa Betingelserne for at kræve §23-Reglerne anvendt kunde synes at mangle; Aktionærne har imidlertid fuld Dispositionsret over Selskabets Fonds og kan derfor beslutte, at de fra Aktiekapitalen tilbageførte Midler, om det skal være, skals efter skal udbetales til dem selv; en saadan Udbetaling af Fonds kræver ikke nogen særlig Foranstaltning til Sikring af Kreditorernes Interesser, men naar et Aktiekøb er Gang og indgaaet i den registrerede Aktiekapital, som et Kreditorernes Kreditkasis, bør enhver Disposition derover, der aabner Adgang for en Tilbagebetaling til Aktionærne, kræve Vedtagelse af §23-Reglerne, jfr. §23 sidste Stk.

Samme Betragtninger kan gøres gældende ved en Nedlægnelse af Kapitalen, naar Aktierne indbrages og der i Stedet derfor udstedes Obligationer med Pant i Selskabets faste Ejendomme eller Anlæg. Selskabets Aktiver forbliver vel usvære, men Aktionærne har derved

sikret sig en syndehjorte - for deres oprindelige Aktionsraad - forud for Kreditorerne, der eventuelt maatte kunne faa en saadan transaktion afkraeftet under en Konkurs som vorrende stat til fordel for Aktionerne selv.

Den egentlige Amortisation sker i H. L. i. Vedtaegtsbestemmelserne fastsat ved Selskabets Skiftelse eller ved Quodring af Vedtaegterne senere i Andring af Kapitalforhojelte eller ifolge den foran omtalte ulovlige Afskaffelse af H. L. § 23 tillige paa et littelst andet tidspunkt; Selskabets Lis omfattende ogsaa tidligere indsat Kapital. Naar der angaaer et optaget Bestemmelser om Amortisation i Vedtaegterne, og denne rettidig er registreret, skal der ikke udsendes Proklama forud for den enkelte Udbetaling.

Under H. L.'s Trosvaer er det muligt at anvende til Amortisationen ikke alene Borskuendmidler, men selv den som Briftkapital anvendte Aktiekapital, uden Hensyn til om Selskabet derved S. 43 gøres insolvent; Samtidig en saadan forgangsmaade vil der dog ev. kunne blive Sporgsmaal om at anvende Konkurslovens Afkræftelsesregler.

Sker Nedskrivelse af Aktiekapitalen til Afskrivning af Tab eller Nedskrivning af Aktiverne, altsaa uden Udbetaling til Aktionerne og uden Brutto af Aktionsforstyrrelserne, udbraves der kun en Generalforsamlingsbeslutning og Registrering, men ikke Fagtheden af § 23-Reglerne. Beslutningen maa inden 1 maaned, jf. H. L. § 13, efter Nedskrivningens Foretagelse anmeldes til H. L.-Reg., ledsagt af Bevis, jf. H. L. § 24, for at Nedskrivningen har kunnet foretages uden

Anvendelse af Reglerne i § 23; dette maa godkjendes ved, at der - uden Hensyn til, om Selskabet maatte være pligtig til at indlevere Rekvirats til A/S-Reg. eller ej, jfr. A.L. § 27 - fremlægges Selskabets for Meddelingerne sidst optagne Status samt status efter Meddelingerne, saaledes at det af Registreringsmyndigheden kan kontrolleres, at det Beløb, hvormed Aktiekapitalen nedbættes, virkelig anvendes til Afskrivning af Væb eller Medskrivning af Aktiverne og ikke til Kjøbstaling til Aktionærerne eller f. Eks. til Hensættelse paa en Reserve- eller Dispositionsfond, hvorover Aktionærerne paa en ny Gfs. kunde disponere ved Udretning af Udbytte. Det tilføjes at dog ikke udelukket, at en Hensættelse paa en Debetenskonto kan ske, naar der er en for Registreringsmyndigheden paaviselig rimelig Grund til ikke øjeblikkelig at kræve Tabet paa en Debitør, hvis det er kunde virke kvædskende for denne og dermed ydmykende for Selskabet selv.

Som f. Eks. paa en Rekonstruktionsstatus angives f. Ex.:

Aktiver	<sup>aflyde</sup> Rekvirats	Nedsættelse med	Ny Status
Ejendomme	250.000	50.000	
(Ejendoms Skyld)			200.000
Maskiner	200.000	100.000	100.000
Invencar	100.000	60.000	40.000
Debitører	800.000	250.000	550.000
Kasse	10.000		10.000
Gjæmsk & Tabs Saldo	490.000	490.000	
	<u>1.850.000</u>	<u>950.000</u>	<u>900.000</u>

Passiva:	Hjælp Rægskabel.	Nedsættelse med	Ny Status
Aktiekapital	800.000	750.000	50.000
Præferenkapital (ny)			150.000
Reservefond	200.000	200.000	
Bankegæld. Heraf 150.000 kr. kon- vertet til Præferenaktier	500.000	(150.000)	350.000
Andre Kreditorer	350.000		300.000
	<u>1.850.000</u>	<u>950.000</u>	<u>900.000</u>

S. 44/ For der ved Neddelseringen kun een Aktieklasser, hvor den vedtægtsmæssige Majoritet Bestemmingsmyndighed; men er der ved Selskabs Stiftelse eller ved en Kapitaludvidelse oprettet flere Aktieklasser med indbyrdes forskellige Rettigheder, bliver det Spørgsmaal om, hvem der er beføjet til at træffe Afgørelsen med Hensyn til de Ordninger, Nærskemningen vil medføre for de forskellige Aktieklasser, idet enhver Aktionær vel er underkastet Majoritetens Afgørelse, dog under Forbehold af dens absolute Retstillesheds Kval, men tillige har en Individuelret til at have den hann selv i Forbindelse med hans Aktieklasser give Lovret overfor andre Aktieklasser. Saaledes Lovretigheder kan være af højst forskellig Natur, men kan dog i Almindelighed samles i to Hovedgrupper, eftersom Rettighederne er af økonomisk eller af anden Art, som f.eks. for de sidste kan nævnes, at nogle Aktier har Ret til at vælge en vis Del af Bestyrelsen eller give en Lovret til Stemmefølgning, f.eks. A-Aktier a 1000 kr. har 1 stemme, B-Aktier a 100 kr. 10 Stemmer, eller gives Ret eller Pligt til Indtægning eller Amortisation; men sædvanlig, men ogsaa kan sædvanlig, vil man ved Præferenakties forstaa saadanne

Akties, der har økonomiske Forretigheder, enten alene forløbs Udbytte, ev. kumulativt, eller forløbs Dækning ved Selskabets Opkløring eller begge Dele; der er dog ikke legalt fastslået nogenordenhed om en sædvanlig Rettheds Forhold, og der kan ikke sædvanligvis i Brevbrevet "Præferencere" indlægges noget andet, end hvad Ordene i Vedtægterne giver absolut Hjælp til; Præferencere giver en i Forhold til den almindelige Aktie for hvert enkelt Tilfælde kontraheret Andelsbesiddelse, hvis Grænser maa være nøje præciseret optagne. Ligesaa lidt som der i Retten til forløbs Udbytte implicite ligger en Ret til kumulativt Udbytte, ligesaa lidt kan der i Ordet Præferencere begrebsmæssigt ligge en Ret til forløbs Dækning ved Opkløring, jfr. Augdahl, Aktieselskabet, S. 242. Fordi der er givet Præferencere Ret til Amortisation af Selskabets Overskud, er det ikke dermed givet dem Ret til forløbs Dækning ved Opkløring eller hvad paa, at Tab først skal afholdes af den almindelige Aktiekapital, for Præferencere kan røres. De Rettheder, der er knyttede til Præferencere er i det praktiske Liv saa forstillet, at det ikke kan fastslås noget almindeligt absolut Forhold deraf.

Skal Aktiekapitalen nedskrives i et Selskab med forskellige Aktieklasser, kan der selvfølgelig med Bødelighed af alle Aktionæres foretages en hvilken som helst Omordning, men kan sædvanligvis ikke opgøres, er det en konsekvens af Principet om Aktionærens relative Ligestilling, at en eller flere af Vedtægtsændringerne tilstrækkelig Majoritet ikke kan ændre en Ordning, der foreskriver Forholdet mellem Aktiegrupperne. For

Sættan ikke af økonomisk Art, vil en Nedsettelse af Kapitalen,  
f. Eks. ved Nedskrivning af Aktiesnes Betøb med 50 pCt., ikke  
medføre nogen Forskydning indadfor Aktiegrosserne, men er der til  
Aktiesne knyttet forskellige økonomiske Rettigheder, rejser sig Spørgs-  
maalet om Rikningen af Nedskrivningen paa de enkelte Grupper.  
Gaar man ud fra det tilfælde, at der ved Siden af den ordinære  
Akt. betras en eller flere Preferencekap. med Ret til forløb Deltagning  
ved Liquidation, kan den samlede Kapital ikke under et ned-  
sættes f. Eks. til 10 pCt.; Til det man i saa Fald først betras af den  
ordinære Kapital, saavelge der er noget af den tilbage og først der-  
efter skæres der ind i Preferencekapitalerne efter Rækkefølgen; Forholdet  
maa konstateres paa lovlig Måde under en Konkurs eller ved en  
Liquidation overensstemmende med A. L. s. Regler, medens en Gfs. ikke  
uden Tilstemmighed af samtlige Aktionærer vilde kunne skille de ordinære  
eller en af Preferenceklasserne saa fordeløse, at de uden videre kunde af-  
skrives; og ligesaa lidt kan en Gfs.-Majoritet skille andre Lov-Rettigheder for  
sørløse, hvad enten de betras i sig selv eller er en Folge af eller  
dog knyttede til de sørlige økonomiske Rettigheder.

Dette krav om Tilstemmighed til enhver Beslutning om ændring  
af saadanne Lov-Rettigheder er der ingen legal Hjemmel til at tilside sætte; og  
da saadan Tilstemmighed ofte er umulig at opnå, er Vanskelighederne for  
at gennemføre Rekonstruktionens Staget i markedet Grad, efter at der under de  
støt op- og nedadgaende Konjunkturer i de seneste Aar er opstaaet mange  
forskellige Altkaster. Men da Livet ofte kræver en Nyordning, hvis ikke betydelig  
økonomisk og samfundsmæssige Værdier skal gaa tabt, har man i det enkelte

Silfðesse vorst heimisk til - gamla utgjaflet - at finde en Ordning, der ges  
de forskjellige Aktie-Grupper passende Ækvivalent for de Retligheder, som de  
gensidigt maatte opgive. Man en saadan Billighedsordning vedførs, saavel  
for Selskabet som for Registreringsmyndigheden, den Risiko, at en enkelt  
Aktionær i Medfør af sin Individualret Sædtes, jfr. A. L. § 34, og § 33,  
kan træde hele Ordningen ulovligt ugyldig ved Domstolens der vanske-  
ligt vilde kunne underkende en saadan Lov. Man saares paa dette Om-  
raade Bestemmer om, at en vis kvalificeret Majoritet af den Del af Aktier, hvis  
Interesse strøves deraf, skal kunne tage Beslutning om Amdring af Lovbestemmelserne  
med bindende Virkning for alle Aktionærerne af den paagældende Aktieklassen.  
Den enkelte Aktionærs Individualret bør kunne opses til Fordel for Helheden, naar  
en betydelig Majoritet af de Aktionærer, der indtager samme retlige Stilling,  
skænder Formaaletigheden deraf, hvorved dog maa læses i Bindsning, at der  
kan opstaa Tvist om, hvor den rette Interesse ligger, naar f. Eks. en Aktionær  
et Løp af saavel almindelige som Profitoraktier og derfor i sin Slammegjer-  
ning i den ene Gruppe leder sig hele af Hensættelse til den Fordel, der ved Nyordningen  
vindes for den anden Aktie-Gruppe, jfr. T. f. Retss. 1925 S. 32. Majoritetens Be-  
slutninger kan yderligere være af en saadan Karakter, at den enkelte Aktionærs  
Individualret i anden Henseende end det rent <sup>46</sup>økonomiske kan blive berørt i  
den Grad, at Beslutningen maa siges at være ultra vires, og derfor uigennemførlig,  
ialfald uden Konstammighed, jfr. Augdahl S. 458.

Norsk Lov § 71 jfr. Platon S. 228, Augdahl S. 447, C. Andersen i T. f. Retss. 1925 S. 32.  
Svensk Aktielov 1910 § 91, jfr. Lindqvist 1922 og 1924 og Sv. Banklov 1911 med Amdringer  
af 24. Maj 1928 § 86, jfr. Trefpenberg i T. f. Retss. 1923 S. 345. - H. F. B. § 275 og 278.

Torp, Juridisk Tidskrift 1918.

S. 5. „Det man herved viindres, at enhver Aktiekonvings væsentlige Formaal altid maa være dels at vorne Aktieegerne - og senere Aktieejerne - mod Misbrug fra Skiftelses - senere Skiftelses - Side, dels at sikre Kreditorerne Sikkerheden af den Kreditbasis, det Særforsørgelsesobjekt, som her træder i Stedet for det personlige Ansvar. Det første Formaal tjener navnlig Reglerne om Skiftelsen, om Aktiekapitalens Forhøjelse samt ev. de Bestemmelser, der tilhører at drage Gevinst for Skiftelses Besørgelse. Det andet Formaal tjener navnlig Reglerne om Aktiekapitalens Formindsættelse, om Regnskabsafleggelsen og om Selskabets Opløsning eller Fusion. Begge Formaal tjener Reglerne om Registrering; men iøvrigt vil selvfølgelig Bestemmelser, der normalt har det ene af de nævnte Formaal for Øje, som Regel tillige om evi mere indirekte tjene det andet.“

S. 7 (Note 1): Den en Tegningsindbydelse skal anses som offentlig eller ikke-offentlig, kan ofte være tvivlsomt. Jeg skulde dog antage, at en Indbydelse, der rettes til bestemte Personer, f. Eks. gennem meddelelse paa Navn lydende Cirkulærer, aldrig kan anses som offentlig, selv om Navnene ligefrem tages efter Vejviseren; jfr. dog iøvrigt i modsat Retning P. Herschend: Lovene om A/S, Side 19.

S. 7. Den vigtigste Forsaet med Misbrug skal, som i de fleste fremmede Love, søges deri, at Skiftelses-Overenskomstens Indhold skal offentliggøres, og at denne skal oplyse alt, hvad der er af Interesse for Aktieegerne. Men Reglerne derom i A. L.'s § 5 er ikke fuldstændige. Tilføje hertil d. skal

2) jfr. Harscheid, a. U. S. 16,

som 2 af en anden Anmeldelse

fr. ogsaa Krenchal: Jur. Tidsskrift 1918. S. 340

denne f. f. l. give Oplysning om det Vedslag, der maatte være til-  
lagt Stiftelse. Derimod behøver den ikke at oplyse noget om  
det Vedslag, der maatte være givet andre. Hvorledes dette kan  
knyttes til at give den hele Bestemelses Belysning illusorisk den, at  
de offentlige „Gründere“ ikke optræder som „Stiftere“, og omvendt.  
Ifølge § 5, lit. i. skal det dernæst, naar Selskabet mod kontant  
Betaling eller Aktier skal overtage en bestaaende Forretning  
eller bestemte Formuegenstande, angives, „hvortledes Noget af  
det saaledes overtagne er ansat.“ Denne Pligt naar anses opfyldt,  
naar det Betieb, hvortil Forretningen eller Genstanden overtages,  
angives. Noget Pligt til at oplyse, paa hvilket Grundlag man  
er kommet til den stiftede Vedsaetelse bestaar derimod ikke:

S. 6: Den første Opgave, som enhver Aktiekonjuring naar stille  
sig, og som de forskellige Hove Forsøger at løse paa højst forskellig  
Maade, er den at sive Publikum med at foretages til Aktie Legning  
ved vigtige eller udfordrende Oplysninger angaaende det projekterede  
Selskab, eller uden at der i det mindste er givet Aktiekonjuring  
Lejlighed til at opnå fuld Forståelse af, hvad de indlader sig  
paa. De fleste Love sander her mellem Simultanstiftelse og  
Successivstiftelse, hvorved ved den sidste Offentliggørelse af et  
Prospekt, der giver alle de af Lovens fortrede Oplysninger, og i. H.  
til hvilket Aktiekonjuringen skal ske, og oplytter, hvor Simultanstiftelse  
er benyttet, Regler, hvorved det skal hindres, at „Stifterne“ sætter Aktierne  
over paa et gortroende Publikum, uden at der er givet Forhørens  
Lejlighed til at se sig for. Den danske A. L. selskaber ikke Simultan-

skiftede, men gives ingen Regler angaaende denne og aarbenes derfor den bedste adgang til, at „Skiftene“ der har „beholdt“ hele Kapitalen, ~~at~~ umiddelbart derefter faar den manøvreret i Hænderne paa et Publikum, der ikke har faaet nogen af de Oplysninger, som det kunde være Skiftenes Pligt at meddele. Lovens foreskattede indestillet som det normale, at Selskabet af Skiftene - osv. i Fortiendelse med nogle Forkaands-Aktiekapitaler - skiftes, inden hele Aktiekapitalen udbydes. Den paabegynder dermed, hvor offentlig Tegningsindstøtelse udstedes, at denne skal give de fornødne Oplysninger, altsaa indeholde et Prospekt, § 7; men den tillader samtidig, at Tegning af Aktiekapitalen sker uden Udveksling af Prospekt, selv om Aktietegningen ikke er begrænset til en snævrere Kreds, der kan foreskattes af kunde forholdene, men der f. eks. paa den Maade, at trykte Indskydes af Post udstedes til vide Kredse o. l. Deres gives i <sup>§ 7</sup> ~~Nikkeligheden~~ Regler i Lovens § 7 om Prospekt og dens Garanti, som denne skulde synde temmelig illusorisk.

§ 8: „Men hvor Oplysning drøven mangler vil i Reglen enhver Mulighed for Kontrol med Ansøttens Rimelighed og dens eller dens Garanti for, at den angivne Aktiekapital virkelig er til Stede, mangler. .... Da det dermed ifølge Lovens ikke er noget til Hindes for, at hele Aktiekapitalen benyttes til Betaling af saadanne Genstande eller tilvejebringes gennem Indskud af saadanne (Apports), bliver dermed i Virkeligheden Beskæmmelsen i §§ 4 og 9 om Aktiekapitalens mindste Størrelse og den paabegyndte Minimum-Indskydelse ret illusorisk.“ Ifølge § 4 „Min. Aktiekap. for Forsikrings-selsk.“

50.000 Kr., for andre A/s' 5000 Kr. & 2 Lige, uden at tage Forbehold  
om Forsikringsbet., at Aktiekapitalen ikke uden Samtykke af Handlensm.  
maa nedbattes under 5000 Kr. Jorp sig. om dette S. 8:

„Da Bestemmelsen om Forsikringsselektion i §4 jo vilde være ganske  
virkelig, hvis man nogle Dage efter Selskabets Stiftelse frit kunde  
nedbette Aktiekapitalen til 5000 Kr., vil man formentlig forsøge i §23  
at „indfortælle“ en Udtagelsesregel for Forsikringsselektioner svarende  
til den i §4 givne“.

§. 9. L. 5 & 2 udmærker Fastsættelse af Selskabets Vedtægter samt Valg  
af Bestyrelse og Revisorer. §6 foreskriver, at Stiftelsen skal afholde et  
Møde i dette Øjemed, hvortil de skal tilkaldes enhver, fra hvem de  
har modtaget Tilsegn om Aktielegning i Selskabet. Tanken hermed er  
formentlig at skabe en vis Garant. for dem, der uden Hændelse til  
Stiftelsesomkostninger, Vedtægterne etc. har givet Forhaandstilsegn om  
Aktielegning, idet Bestemmelsen tyndes dem Ret til at træde tilbage, naar  
de enten ikke har været tilkaldt eller paa Mødet ikke tiltræder  
Vedtægterne eller det foretagne Valg af Bestyrelse. Hver som imidlertid  
de i §6 givne Regler er lidet beskyttede, saaledes er Affattelsen  
alt andet end klar. § bestemmer intet om, hvor Mødet skal holdes,  
hvorledes Indkaldelse skal ske og med hvilket Brev. Nu kan det vel  
nok antages, at en Indkaldelse, der er sket paa en Maade, til et Sted  
eller med et Brev, der paa Forhaand maa gøre det klart, at det praktisk  
talte bliver umuligt for Aktielegnerne at give Møde, maa kunne behand-  
les som ikke skeddende. Men videre kan man ialtfald uden positiv Hjemmel  
naeppe gaa; og at derved ikke er skabt en Jydestignende eller blot

rimelig Beslyttelse for Aktielegeme, og klort. Thi enhver, som ikke  
giver Møde efter Indkaldelse, og ubetinget bundet ved Aktielegemets  
uden Hensyn til, om han kan tillige de antagne Vedtægter eller  
Votet af Beslyttelse. - Det siges derudat i §6, at Vedtægterne fast-  
sættes af Deltagerne i Mødet. Det er imidlertid uklort, hvor  
Meningen kommer af. Da Mødet ikke har Karakter af en konsti-  
tuerende Gfs. og strengt taget ikke kan have denne Karakter, idet  
Aktiekapitalen forudsattes <sup>§ 16</sup> endnu ikke at være (fuldt) tegnet, kan  
det neppe antages, at de mindre Aktielegeme var en Forbudsbeslut-  
ning - være sig efter Hovedet eller efter Tegningssummen - skulde kunne  
andre de af Stifterne foreslået Forslag til Vedtægter, og dens frem-  
bringelse ændres i selve Stiftelsesakten og saaledes beslutte Skikkets  
Stiftelse paa et Grundlag, som Stifterne selv skulde ikke meere sig  
kjend med. Det har Aktielegeme da heller ikke noget tilligt  
krav paa; de bør kun kunne kræve at blive hørt for deres  
Tegning, naar de ikke kan slutte sig til den af Stifterne foreslåede  
- og fastholdte - Endring. Det bliver da formentlig ikke, del-  
tagerne i Mødet, men Stifterne, som realiter maa træffe Afgørelsen.  
Man hvilken dens Bestemmelses Mening man end skal være, maa det  
høvedes, at den kun har været et meget uklort og ubestemt Udtryk  
i Afsigten.

§ 13: Højesteret til A. L. s 132, at Bestutning angaaende en  
Sag, der ikke er anført i Dagsordenen, kan tages med Gfs. samstemmige  
Samtykke, samt at en Aktionær, der ikke har været til Stede paa Gfs. sidder  
8 Dage efter denne overfor Bestyrelsen kan nedlægge Indsigelse mod en

saadan Bestyrelsing med den Vistning, at den ikke kan udføres, forinden den paa valgtstemssting Maade er vedtaget paa en Gfs. Fristen er altsaa kort især dog paa Grund af at der ikke bestaar nogen Pligt til at bringe en saadan Bestyrelsing til de favorablige Aktionærs Kundskab.

§. 14: "Derfor bestyrelserne er en A. L. opgave jo hovedsagelig den at sikre, at den Kreditkasis, der ved disse Selskaber trædes i St. f. den personlige Skafelse, - Selskabsformen - dels fra først af videlig er til Stede, dels ikke vilkaarlig forrykkes til Stede for den. Man kan oven i denne Retning ikke gles. Den kan navnlig lige saa lidt som, hvor Ekeltsmand kafter personlig, kinde, at Selskabsformens oprindelige foringens ved Tab, uheldige Konjunkturer o. l. Den kan i det højeste gennem sine Forrifter om Regnskabsafleggelse og Anmeldelse bidrage til at sikre, at saadanne Forhold kommer til Tilføjelsemands Kundskab."

Altsaa talt om § 5 i, at Indbetalinger paa Aktierne eller en Del af disse sker ved Indskud af de saakaldte Apports, og betyder derfor i Virkeligheden ikke nogen Forant. i den Henseende, at A/kep. fra først af er til Stede. "Men heller ikke, hvor Indbetalingerne udlægges kontant, gives K's. Paa forinden Forant. i <sup>sa</sup> Henseende, idet § 7 lit. 2 formentlig maa forstås saaledes, at <sup>[§ 15]</sup> ~~Virkeligheden~~ til Underkørs er tilladt, hvorefter altsaa fra først af den anmeldte A/kep. kan delvis er h. St." Dette fremgaa bl. a. af, at K. L's Forbud mod Udskedelse til Underkørs blev strøket i A. L. til at aakne Adgang til saadan Udskedelse. "Hermed kan ikke henvises til, at § 7 siger, at den, der har beqvæmt en Aktie, kafter for dens fulde Indbetaling, og at der, hvis Aktiebrev udsendes, inden Aktiens Beløb er fuldt indbetalt,

skal udlæses Forklaring for det ikke indbetalte Beløb. Selve Indbetalingen  
beløber sig ikke netop 100 p. Ct. Det kan beløbe mere, nemlig hvis  
Aktien er udlæst til Overkurs; og det maa omvendt ofte det  
om Forbættelsen af § 7. Lit. e. bemærke kunde beløbe mindre, navn-  
lig naar Aktien er udlæst til Underkurs. Det beløber sig med andre Ord  
fuld Opfyldelse af den ved Tegningen overtagne Forpligtelse. I Ordsammen-  
menne kommer man da tiltrykkeligt: „det ikke indbetalte Beløb“ <sup>forhøret</sup>.

Naar man har villet høre, at Tegning af Aktier til Underkurs  
ikke frembyder større Betænktheds, naar det virkelige forhold skal frem-  
gaa af Anmeldelsen, kan Rigtigheden ikke lægges i tvivl. De Ud-  
lytte efter alle anstændige Grundføringer for Regnskabsopgørelse ikke  
bør kunne udbetaltes forinden den manglende Del af Afkast og ind-  
kjøb, vil dette forhold nemlig skabe en særlig Trængsel til netop i de  
første ofte vanskelige Aar at populere paa Regnskabet. Læs <sup>§ 16,</sup> <sup>15. 16,</sup> <sup>17. 18,</sup>  
og man ogsaa nu overalt, <sup>ellers</sup> mig om, at Udstadelse af Aktier til Under-  
kurs ikke bør tillades.

§ 14, hvorom nærmere skal tales nedenfor, og § 17, 3. Stk., som bestemmer,  
at Vedtægterne skal indeholde Bestemmelser om, hvortil og da under  
hvilke Betingelser en ikke fuldt indbetalt Aktie med tilsvarende Videning  
for Selskabet (det vil i Virkeligheden sige: med frigørende Videning ogsaa  
overfor Kreditorerne) kan overdrages saaledes, at Forpligtelsen til at yde de  
endnu restende Indbetalinger paa Aktien overtages af Køberen. Det er ind-  
lysende, at begge de nævnte Bestemmelser aabner en lidet skarpuløs Beskyttelse  
en let Adgang til at frigøre sig selv eller sine Venner fra Haftelser, der ellers maa  
at blive ubehagelige, uden at Selskabet sikres mod at lide Tab ved, at Køberen maake  
vise sig at være ganske uunderkøbtig.

Opaa Best. i § 23, somer kun paa højest udfyldende Maade Kreditorernes Interesser. For det første findes de der givne Regler om Indbetaling af Kreditorerne overhovedet ikke Anvendelse, hvor "Udbetaling til Aktionærerne eller Bortførelse af uoversende eller tidligere Aktionærers Forpligtelse til at gøre Indbetaling" som Folge af A/Kap. Nedsettelse, og ligesom ved nogen Bestemmelse, hvorom der mindst et Afs forud er foretaget Anmeldelse til A/S-Reg." At dette navnlig overfor udenlandske Kreditorer, der ikke ventes stadig at følge de angivne Anmeldelse medfindende Bekendtgørelser i Statskib, let kan føre til højst ubetydelige Forværelser, er indlysende, saa meget mere som det usppe kan anses udbleket, at den højnede Tilbagebetaling eller Frigivelse knyttes til Betingelser, hvis Indtreden Tidspunktet var vanskelig ved at kontrollere. Og selv omend det om saadane Anmeldelse hjælper jo slet ikke de Forordningshaver, hvis Krav ikke er forfaldne eller i det fremtid forfaldne, jfr. nedenfor. - Men endvidere bliver Indbetaling af Kreditorerne kun, naar Nedsettelsen vil medføre enten Udbetaling til Aktionærerne eller Bortførelse af uoversende eller tidligere Aktionærers Forpligtelse til at gøre Indbetaling. Held blot er det ikke, hvad denne Begrænsning skal betyde. Thi for alle saare vil enhver Nedsettelse af Kapitalen regelmæssig medføre ialtfald Udbetaling til Aktionærerne. Det praktiske Tilfælde, hvor Nedsettelse ikke straks medfører saadan Udbetaling, vil jo være det, at en del af Kapitalen er tabt, og at da en tilsvarende Nedskrivning af A/Kap. findes Slet. Djævlet hermed vil regelmæssig netop være at muliggøre senere Udbetaling af Udbytte uden at afvente, at Tabet eller er afskrevet, og netop for disse Tilfælde maas det antages, at § 23 vil ligesom, at Nedsettelse af Kapitalen kan finde Slet uden Forlygtelse af de

i § første Afsnit. Men efter hermed tilføjes alle rimelige Hen-  
syn til Kreditorernes Bestyrelse. Navnlig hvor Taler er om Obligationsskæ-  
n eller anden for længere Tid næppe sigt Kredit, medfører en saadan Med-  
skrivning af Afsk., uden at der gives Kreditorerne Adgang til at  
kræve udfordring eller Sikkerhedsstillelse - og saadan Adgang gives Loven  
i de undertagne Tilfælde netop ikke - en iøjnefaldende Forringelse af  
Kreditorernes Stilling, der ikke ses at kunne motiveres ved noget  
modstaaende berettiget Hensyn.

Somaaend A. L. § 25 kræver, at Aktierne skal opføres i Reas-  
registreret som en særlig Post. Behandling af egne Aktier, yder  
dette kun en ganske udfordrende Foranstaltning, idet saadant Optag  
herefter dog kan fortsættes: et helt Aas eller mere, inden det  
gennem Registreret bliver behandlet.

§ 19: Som andre herom herom Mængde i L., der forringes til-  
beden for Afsk. Tilbedevorelse, skal endnu kun nævnes, at L. ikke fore-  
skrives nogen Form for Aktibeholdningen eller andre Garantier for, at den  
bliver effektiv, navnlig heller ikke indeholder noget Forsvar mod, at den  
gøres betinget og derved maatte blive ganske betingelsesløs - ligesom  
der ikke er fastsat nogen Frist for Aktieforretningernes Udførelse.  
Tilbedevorelse der efter L. nogen Pligt til at rejse Spørgsmaalet om  
Liquidation, naar en Større Del af Afsk. er tabt, eller til at erklære  
Selskabet konkurs, naar det er insolvent. - Endelig gives Bestemmelserne om  
frivillig Oplysning i A. L. § 38 ikke Kreditorerne noget som helst Varnemod, at Kapitalen  
tilbagebetales til Aktionærerne, uden at Kreditorernes Krav er dækket eller sikret, idet  
der ikke foreskrives nogen Frist efter stedfunden Indkaldelse af Fordringshaverne, inden

hvilken Høveling til Aktionærerne ikke maa finde sted, ja, det forbydes  
end ikke at fordele Aktionærerne, inden de anmeldte Krav er fyldstgjorte.  
- Det tydes derfor næsten som en Haam mod Fordringshaverne, naar P. 2.  
§ 23. sidste Stk. siger, at enhver Viltgættbetaling af Indskud, der formindtes,  
den anmeldte Aktiøp, er ulovlig, medmindre den sker under Fast-  
besættelse af de .... „for Selskabets Oplysning“ gjorte Bestemmelser. - Ganske de  
samme Klager opfindes dernæst i Bestemmelse om: A. 2. § 4 om  
A/S Sammenslutning (Fusion)

A. 2. „Allerede den Maade, paa hvilken Bestemmelser i  
§ 1 om Lovens Anvendelsesomraade er affattet, maa sikkert se-  
kenes at være mindre selvig. ....  $\frac{S. 21}{I}$  ifølge § 1 fortsaas ved et  
A/S: i „denne Lov“ kun „skærpsdividende“ Selskabet af en vis  
normale angivne Art. Og som skærpsdividende anses et Selskab,  
naar det har til Formaal under hvilken som helst Form at  
indvinde økonomisk Udbytte til Fordeling mellem Deltagerne. Denne  
Innovation er sikkert ikke nogen Forbedring. Om der overfor et  
vist Selskab er Trang til det ved Aktiovergivningen skatte Uorn  
for Fordringshaverne, synes alene alles dog i ganske overgaaende Grad  
at maatte gøre paa, om Selskabet overfor Tredjemænd skal kunne  
peadrage sig økonomiske Forpligtelser, for hvilke ikke Medlemmerne  
personlig, men alene Selskabsformuen skal hæfte. I Sammenhæng her-  
med synes det i Forh. til Omvæntene at maatte være af ganske under-  
ordnet Betydning, om et sv. Overbud skal fordeles mellem Deltagerne eller  
f. Hæls. anvendes i Belgierne eller andet almennyttigt Øjemed. Det synes da  
højst urimeligt, at den sidsluente Omstændighed skal medføre, at

Lovens Regler til Vorne for Kreditorerne ikke findes Anvendelse, selv om  
Selskabet overfor Kreditorerne maake andy optræde som ansvarsskyldig  
i ret betydelig Omfang, f. Eks. dets Landbrug, Raderi, Fabrication  
o. lign. - Men dermed gives denne Begrænsning af Lovens Aff.-Regels  
Betydning til forebølgende Tivl, idet Loven endogs det rent negative,  
at der ikke findes Anvendelse paa Selskabet, der ikke i dens Betjæ-  
ning er „ansvarsskyldig“, j. det siges om, hvilke Regler der da  
skal findes Anvendelse paa dem. De et. a. Bestemmelser i § 1, 4. Stk. ikke  
skal anvendes paa dem, men Vølgen blive, at de herhen er pligtige  
eller berettigede til at benytte Bestemmelserne Aff., stönt særlig det  
sidste synes ret nokkelagt, naar de ellers ganske isker andrs Aff. form.

§ 22.  
I - Heller ikke Lovens Affgrænsning mellem Aff. og andre Selskaber med  
begrænset Ansvar (Andelselskaber og andre gensidige Selskaber) er nødvendig  
klor. Spørgsmålet om denne meget væsentlige Affgrænsning skal ikke  
her <sup>afgives</sup> til Drøftelse. Det skal blot nævnes, at § 1, 2. Stk. smk. med 4. Stk.  
formandlig maa medføre, at althvert Selskab, om det end ellers ifølge hele  
sin Organisation nok saa ubestemt maa karakteriseres som

Andelselskab, skal kalde sig Aff., hvis det ikke strengt begrænser  
sin Virksomhed til Medlemmernes Kreds. Med hensyn er det særlig saadanne  
Selskaber, som den i § 1, 4. Stk., 2. Pkt. lignende Dispensationstilføjelse sigter  
til, stönt dette hører af Forslagsstillerne eller andre er positivt udtalt.

Førrigt synes det aller at være en ganske vilkårlig og unotiseret  
Begrænsning, at saadan Dispensation kan skal kunne gives saadanne  
Selskaber, hvis Følleformue helt eller delvis består i Forantværlighed, men  
omvendt alle saadanne, saa at altsaa althvert iøvrigt nok saa udpræget Aff.

með íllu fult inntælt Kapsítal kan fá Dispensatíon frá Reyken-  
om, at det skal halda sig A/S, meðens ómveitt saðru Dispensa-  
tíon illa kan meðvæla Anveislaðar o. lígr. (þar illa begrauner Vik-  
samheden til Marknannaes Króðs), naar de tegude Andele er fult in-  
tælt. (Om det -prinsipiott ukeloge

§14 sigs: „Rættis og Tættisbeisiss, hris óvæðgelighet at begrauner  
iff. Selskabs Veðfarar, kan illa meðvæla til elles með gyfðig Vik-  
ning <sup>15.23</sup> ~~av~~for Selskabet óvæðges til Skuldavæssen“. Affættiken ma  
formællig fóie til, at Rættisbeisiss og Tættisbeisiss for illa fult inntælt  
Rættis, hris illa óvætt er tættent: Veðfarar, kan óvæðgiss som  
lyðande paa Skuldavæssen, skótt dette er gænde irratióntelt og  
formællig skil illa har vórel tilsigtet. Men dæmst ma dan negele  
Fórm: „kan illa meðvæla eller..... óvæðges til Skuldavæssen“, eftir  
óvættelig Sprogbrug beittige til dan Mæðatíngættelíng, at Óvæðgeliss  
lyðande paa bestamt þu Þesson uden Hængur til de Begrauníngis, Veðfar-  
tar maatte inntæla, er gyfðig: Fórk til Selskabet - lítlet skótt  
illa har vórel tilsigtet.

Tilværende Bestæmmelse i K.U. var saðvæla affættel:

Rættis og Tættisbeisiss, dar illa er fult inntælt, eller hris  
Óvæðgelighet er begrauner....., skal lýða paa Navn

Ísl. lagaálvast. um hlutafélagið en h. fl. 192i komu:  
 1) h. 42/1903      2) h. 357/1901 <sup>§§ 2-3</sup>      3) h. 53/1914      4) h. 63/1919      5) h. 69/1919      6) h. 79/1919 <sup>§ 1</sup>  
 kodificera = bálka, (br. Alþt. A. 192i bls. 18)      7) h. 44/1915      8) h. 62/1913

" þú virtist hentað af laga h. fl. lög vor eftir lögun Norðurlanda, að þú bætist sem ísl. stáðkættis sta önnur álvast: i löggjöf vorri - sta álvastskortur - varna þess ekki" (l. c.)

N. d. Alþ. samþ. 18/7 1914 þ. á l. um að skora á ríkisstj. & meirihluta af laggygja fyrir nosta Alþ. frv. t. l. um h. fl.

Alþ. 2. gr. matlar þat vilt, að önnur félag en h. fl. megi ekki kalla sig h. fl. og st. öllum h. fl., hvort sem þau falla undir alv. h. fl. sta ekki, ei skýgt og vilt að nefna sig þú nafni. Str. fírmal.

9. gr. 4. málgr. (l. c. bls. 19)

Simultán- stofnun = stofnun hlutafél. án alv. iðbotts t. fjáris

Alþ 14. gr. Mat þú í samþ. félags eiga að fela þá upph. lögri tilkynningu. þá á breytingu sjálf í samþ. lögri til fela þá tilkynningu um breytingu á þeim: Alþ. 192i A. bls. 2i

svavar til fírmal. 2i. gr. 1. og 3. mgr. str. 2. mgr.

15. gr. svavar til fírmal. 2. gr. 1. mgr. og 3. gr. 1. l.

16. gr. " " " 6. gr.

17. gr. " " " 4. gr.

18.-19. gr. Str. fírmal. §§ 7, 9-13 og 34. Umfr. § 2 i h. fl.

ad 2i. gr. : "namselfandi" iþyrgrist féluginu eftir sam á l. Rat, sem ógætt. og af lofutu hlutafé hans, samkv. reglum um um delegatío decti: Alþ. 192i. A. bls. 22.

ad 24. og 25. gr.: „Háskólingur hlutafjár fela af brættu brættandi,  
með sama hætti sem upph. l. h. f. sýnum. þá er einnalt,  
á stjórnum félags á skili af hafa verið til þess af  
saka hlutafjár, nema þeim hafi til þess heimild  
hlutafjárfundar. Ráttelöfum í þá átt þar framur um  
heimild stjórnarinnar á st. ná, og vortar háskólingur  
hlutafjár meira en venjulegar framkv. félagsins.  
Þá á meiti setur háskólingurinn félags skili  
vortar, heldur þess á meiti, af hlutafjár og aukli.“

Hlpt. H. 1921 sls. 22-23.

ad 26. og 27. gr.: „Hlutafjár meira minnka meit þá af  
„ofskifa“ þá, þá þá meiti, til þess af hafa  
meit þá skili félags. Í minnku félags skili aukli  
26. gr. Félagsskipun minnka skili í þá. Sama er  
meit þá, þá skipun félags, sem þá er um þá  
hlutafjár, þá skili á þá forðar meiti í hafa  
meiti. Skili þá er þá, af félagsskipun minnka  
vortar vegna h. f. minnkuar, hafa þá er  
meit þá meit af hlutafjár í skili hafa á þá  
þá, á þá þá meiti meiti skili til af hafa  
vortar á skili meiti þá meiti í félags. Of þá  
minnku hlutafjár meit þá meiti, sem í 26. gr. er,  
meit þá meiti, af hafa meiti. Skili, meiti af  
félags er þá hafa val skili. Þá þá er þá á skili  
til af hafa meiti á þá meiti félags. Þá er

þá verit íbótá til at veita undanfögu, str. 2. mgr.  
þen myndagjöf til at veita. Hér er minnken um hekkun  
sta minna lána fara eftir 26. gr., en veiri minnken  
eftir sönnu reglun sem félagslið. Má aðdrítat um  
þat deila, hvar takuörkun veigi at vera.

Auglýsing skv. 1. mgr. at ekk. þráklesit, en þó en  
settar, at þvi at alla má, usgilega byggja reglur  
þvís lánaðráttna félagsins, str. og sítuati mgr. 9 § 53<sup>2</sup>

Gagnvort hlutköfum, sem þola vortu lausan á  
hlutunum sínum at sítuati þvís sta ekk., þarf og  
þviggungaríku, og svo þan í 3. mgr. Hinsvegar at ófellt,  
at hlutabréf, sem veigi at framvegis, geti framvegis gengit  
kaupum og söllum, síns og ekkert þvís í skotit. Hlut-  
kaufaríku, sem þvís þvi upph. l., minna þvi. Eftir  
veitir réttur til at taka vortu upph. þvís, sem veitilega  
á at greita, og a. h. v. þvís til þess at þvi veit hlut-  
bref. Þat á meðt. fellur þvís réttur til at setja hlut-  
kaufum, vortu í stjórnu o. s. fr., at þvís þvís áttu  
en þat vortu ógilt.

Þen stjórnu hlutkaufa til at greita skv. 5. mgr. má  
geta þess, at félagslið þarf veigi at gæra gjaldþrota til  
þess at veita þess réttur. Hlutkaufum, sem veigi þvís  
þvís til þvís hlut greidda sta byggja, getur þvi  
haldrít veir til hlutkaufa, sem þvís þvís hlutkauf  
greiddum hlut sínu, o. s. fr., at þvi þvís sem greittu

þeirri nemur. Varasþ. ákv. eru samræm öðrum ákv. þv.,  
skr. 20. gr. skr. og 93. gr. skil. 41878. - Alþt. 192: H. bls. 23

ad 28. gr.: þat mundi geta komit fyrir litit at kanna  
hff at minnka skuldbæði sitt, nema lánveðroftinum sé  
þuggit greiðsla, ef ótakmörkult heimild vori til at  
taka hluta bréf at vati sta kampa hlutabréf. því er  
vi i samnem hff lagð blátt sam vit því, at  
hff taki þuggingur i sta vati lán ut i hlutabréf  
sjálfs sín, og veigja takmörkult heimild til þess at eignast  
þau. Þaf félag lánat ut i bréf sín og lánat at eðli  
grátt, þa getur svo forit, at fél. sitji mat þat og so  
þat samræmlega sama sam at þat lagsi til sín bréfit.  
Hlutabréfit hefur minnket um þa fjósi hót, sam bréfit  
átti at þuggja, oft a. m. k., nema félagit selgi bréfit  
eftir því upp lagga vst. Alveg sama at um kampa fél.  
i hlutabréfum sjálfs sín. Enk þess er raupala fyrir því,  
at fél. hafa notat heimild sína til þess at kampa  
og lánat ut i hlutabréf sín til þess at halda þeim i  
óáskilega hán vsti og láta líta svo ut, sem miðil  
eftirþerum vori eftir þeim. Hafa þa miðlat andritat vst  
notatir til milliþingur.

Hinsvegar getur státt svo á, at kantugh sé, at fél. geti  
eignast hlutabréf sjálfs sín, t. d. ortit at kampa þat á nauðungst.  
upptekt hefur en at þa alls eðkert upp i skuld sína. Og þessvegu  
hafa hff ákv., sem heimila fél. i samnem skil at kampa og eignast  
hlutabréf sjálfa sín. Alþt. 192: H. bls. 23-24.





heimilót kemmi. Þat er eitur au svo, at þott. gefi stj. meira  
vald, heldur er þat þvok á miði þannig, at sa miðl. gr.,  
sem á st. fallu kenstu, gefur kemmi meira vald au þat, sem  
á stöðum á at koma. Þu þat vithæl hálv. frmsu. hálv  
þafa á miði þessari þott., at kem yfir vald félagsstj." (bl. 1588)

þessi þott. vor samþ. <sup>i. u.</sup> svo at greinin vorð þannig:

"Hluthafafuendur sínu gefur álv. st. auká hlutafé sta  
heimilót stj. á gra þat, nema öðruvísi sé álv. í lögun  
félagsins." Str. þokj. 58i Alþ. 142i 11. Sk. 1409

Frsm. Sj. Eggvið., þá kem sj. at atal meyt. á frv.  
vit 24. og 31. gr. Eins og þv. mi kemur frá þv. ud., þá mi  
stj. þv. auká hlutafé, nema öðruvísi sé álv. í samþ.  
fél. Þetta getur nefndin lés í þessari deild eðli ráðit  
þil at samþ., þv. eðli st. rétt at leggja svo miðit  
vald í hendur stj. í þv., þv. hluthafafjárfundum, og þá  
sistahl. nijs meim, sem koma ium í fél. vit þat, geta  
þv. miðit álv. í félagsþapum, og þá í öð. ef  
illa er valit. Þitt vithæl þv. st. þv. upp af þv.  
þv. álv., sem voru í frv., er þat þv. hálv. í deild-  
inni, og suðin voru eftir samstæmar álv. í samþ.  
lögunum, þat sem stj. mi álv. sjálf álv. hluthafaf-  
fundum, au at síns stj. þv. kem eð met vortanf. samþ.  
hluthafafuend. Met þessu álv. er svo ium kúðlana  
þv. at þv. er í sistöðum þv. at flýta þv. hluthafaf-  
fundum, au kúðlana er met þessu álv. eðhv. valit

leik þri (bls. 1609) klubbafundurinn í þessum máli,  
þri af hanns þessur lít skulaga kaup. sta reitur  
í klubbafundinum. (Alph. 1921 B 1610)

A. L. 1917. om Nedsættelse af Aktiekapitalen

§ 22. - Aktiekapitalen maa ikke uden Samtykke af Handelsministeren nedsættes under 5.000 Kr.

§ 23. - For hvert Aktiekapitalens Nedsættelse vil medføre enten Udbetaling til Aktionærerne eller Forfald af nuværende eller tidligere Aktionærers Forpligtelse til at gøre Udbetaling, som ikke er hjemlet ved nogen Bestemmelse, hvorefter der mindst et Aar forud er foretaget Anmeldelse til Aktieselskabs-Registeret, skal Selskabets Fordringskrav ved en Bekendtgørelse, der indrykkes tre Gange i Stats Tidende, opfordres til at samle deres Krav inden tre Månedes, forsaavidt angaar Fordringskrav i Kongeriget, og inden seks Månedes, forsaavidt angaar andre Fordringskrav. - De tre Gange de forfaldne Krav, der er anmeldte i Henh. h. den foran nævnte Bekendtgørelse, ikke er fuldstændigt, eller der ikke paa forlangende er stillet betryggende Sikkerhed for uforfaldne eller omvirkede Krav, kan Aktiekapitalens Nedsættelse ikke foretages. Den en tilsvarende Sikkerhed maa anses for betryggende, afgøres paa ans af Regeringens Begøring af Overregistratoren. - Handelsministeren kan efter Omstændighederne tillade Afvigelse fra de foranstaaende i denne Paragraf indrødte Bestemmelser. - Beskyttelsen kan ved en tre Gange i Stats Tidende indrykket Bekendtgørelse med Aar og Dags Forud indkalde Aktiekraevne til Nedskrivning, Ombytning eller Udløsning i Anledning af Nedsættelsen. - Indbyrdes Sikkerhedsbetaling af Udbetaling, der

formindrer den anmeldte Aktiekapital, er ulovlig, medmindre den sker under Løstgælden af de for Aktiekapitalens Nedsettelse eller af de for Selskabets Opløsning givne Bestemmelser.

§24. - Med Anmeldelsen til A/s-Registret om en etstetfunden Nedsettelse af Aktiekapitalen (jfr. §13) skal følge Brev for, at de i §23 foreskrevne Regler er iagttagne.

### Om Forhøjelse af egne Aktier

§25. - Saaframt et A/s er børsnoteret egne Aktier, skal disse opføres i Aarsregnskabet under en selvstændig Post, "Beholdning af egne Aktier". Saaframt Beholdningen af egne Aktier efter dennes Paalydende udgør 5 pCt af Aktiekapitalen eller derover, skal Anmeldelse herom ske til A/s-Registret.

### Om Forhøjelse af Aktiekapitalen.

§19. - Forhøjelse af Aktiekapitalen kan ikke ske, forinden Aktiekapitalen er fuldt indbetalt, eller der i Selskabet, hvor fuldt Landbetaling ifølge Vedtægterne ikke skal finde Sted indbefor en bestemt Fastsat Frist, er indstillet Forstyrrelser, jfr. §17. Nafter en etstetfunden Forhøjelse af Aktiekapitalen kan en ny Forhøjelse kun finde Sted under tilsvarende Betingelser.

§20. - Beslutning om Aktiekapitalens Forhøjelse kan kun fattes af Generalforsamlingen; dog kan denne efter at have faaet det Beløb, hvormed Aktiekapitalen skal forhøjes, meddele Besked om Bemyndigelse til at foretage Forhøjelsen paa det Tidspunkt, i det Omfang og paa de Vilkaar, Bestyrelsen maatte beslutte.

§21. - Saaframt offentlig Landkjøbel til Tegning af nye Aktier

meðhöfð, skal den undirsterivas af Þessgreben og innihalda  
 de i § 5 e.-i. og § 7 b.-i. forskvarne Oplysningis tillige  
 med Oplysning om, hvorvidt og paa hvilke Vilkaar det  
 for de ældre Aktieejere eller for andre er forbeholdt nogen  
 Fortrinnsret ved Tegningen, saamt om, hvor stor en Del  
 af det ~~af~~ indtagne Beløb det skal vere tegnet, for at  
 Tegningen skal vere bindende, og om de særlige Vilkaar,  
 der iøvrigt maatte vere knyttede til denne. Bestemmelse  
 i §§ 8, 16, 17 og 18 findes tilsvarende Anvendelse.

A. h. § 8 samsvaret 8. og. isl. hfl. 27192i

-- § 16 ~ 22. - " " "

" §§ 17-18 " 20. - " " "

" § 5 e.-i. " 3. - 5.-9. fl. " "

" § 7 b.-i. " 7. - 2.-3. og 5.-8. fl. " (efni og. annars samsk.)

Reflögð um gjaldgærisvæðum, innflutning o. fl.

Nr. 129, 31. des. 1937

Skv. heimild í l. 31. des. 1937, um gjaldgærisvæðum o. fl., er  
hér með sett eftirfarandi reflögð:

1. qð. Í fyrst um sinn, þangað til öðruvísi verður ákætt, gildir  
ákv. rj. nr. 7, 11. jan. 1935, um gjaldgærisvæðum, innflutning o. fl.,  
í samant breytingum og viðaukum á þeirri rj. 7. mars 1935, 7. maí  
1935, 28. júlí 1936 og 11. októ. 1937.

2. qð. Til þess að standard kostnað öðr gjaldgæris og innflutnings-  
nefnd skulu allir þeir, sem fá innflutningsleyfi, greiða gjald 2% - tvo  
af þúsund - af fjáshat þeirri, og leyfið teygjast um, þó eigi minna en  
50 au. fyrir hvert einhætt leyfi. Gjald þetta greiðir leyfishafi til þess  
innheimtunnarinnar ríkissjóðs þar og hann framvisar innflutnings-  
leyfinu í fyrsta sinn, og greiðir þá gjaldit af öllum leyfinu.

Reflögð nr. 7, 11. jan. 1935, um gjaldgærisvæðum, innflutning o. fl.

Skv. heimild í l. nr. 11, 9. jan. 1935, er hér með sett eftirfarandi  
og um gjaldgærisvæðum, innflutning o. fl.

1. qð. Landsh. Lf. og útlagsb. Lf. hafa einhætt til að væðla með  
áslendum gjaldgæri og eru allir, sem eiga <sup>2)</sup> eða eignast áslendum gjaldgæri,  
hótt heldur er hér á landi eða áslendis, skuldir til láta hann af hend-  
vit bankanna fyrir stráð kaupgægi. — [Allir, sem koma língat til lands-  
ins frá útlöndum, hótt sem eru forþegar eða skipverjar, skulu á fyrsta  
höfu, sem skipit telur hér á landi, gefa og afhenda tolltískritsmanni skýrslu  
um þat, hversu mikinn v. gjaldgæri þeir hafi metfertis eða flýttji til lands-

ies frá iðkendum, svo og skuldbinding um þat, at afhenda hann  
sineignis bóklum þeim, sem rætti um í 1. mgr. þessara grans.

- Tolleftirlitsmenn skulu sita senda gjaldsgrís- og innflutnings-  
nefnd efnisþingsar þessar, ásamt eftirrit af forspalita og skipstafaralith.  
- Gjámála ráðuneyftit latur gra og afhendi tolleftirlitsmönnum til rit-  
þingrar eyðublát undir skipu þá og skuldbinding, sem rætti um í  
2. mgr. þessara gr. - Tolleftirlitsmann skv. og þessari um tolleft.: hök,  
þegarþingrar í kaupth., sískumann í sískum stá umbotum þeirra, þingrafstj.  
í kaupþinum og sískaris tollgáskumann. - Gjámála ráðuneyftit veitti af  
þá þá þá í ábata til eftir stórkum, undirþingrar þá þá þá þá 2. mgr.  
þá þá þá þá í skemmtifartasskipum] 1)

2. gr. Þeir, sem kaupar silja st. gjaldsgrís, skulu senda um þat skrifl.  
umskóla til gjaldsgrís og innfl. u., og er eigi heimilt at selja st. gjaldsgrís  
nema at þingrar leyfi nefndarinnar. - Þingi þarf leyfi nefndarinnar til  
þess at inna af handi st. greiðslar af lánum ríkissj. stá lánum þeim, sem  
ríkissj. er í áþing þá þá, og eigi þarf leyfi nefndarinnar þá þá greiðslu skendis  
í þessir bankanna. Skulu bankarinn senda skrá eftir þessari greiðslu eftir  
þá, sem þá þá þá er ritat og senda nefndinni, svo skulu þá og til þá þá  
þá greiðslu, er eigi vor ritat um þá þá þá, þá þá þá og þá þá inntar af  
handi. Þessi er heimilt at innkysa íslenskar setlar stá árisanis í ísl.  
kr., sem sendar vor frá ritl. án samþ. gjaldsgrís- og innfl. u., nema ristall.  
si um þat samit rit bankanna, enda ein þá þá samningar til þá þá gjald-  
grís- og innfl. u. - Þá skulu vera í gjldi þá þá ríðslafanis, sem bankarinn  
þá þá at þá þá um innkysis iðkendinga í ísl. reikningum, á þá þá þá,  
þá þá íðlest gjldi. 1/2 ristall. skenda á, er bóklumum heimilt, met samþ. eijenda,

1) Sbr. og. nr. 915, 11. okt. 1937 31

at taka við greiðslu á vel. höfum til gæðastu i löndum reikningum  
í isl. kr.

[En fjálför skulu þar innvegið, sem myndast við sölu á erlendur  
gjaldsýri til bankanna]"

2. 3. gr. [Það er samant satti at flytja sta ríðstafa til iðlands ísl.  
peningasetlunn, ísl. skiptingum, ávísunum sta vixlunn sta skuldbrífum  
sta öðrum skuldveidungum, sem hljóta um greiðslu i isl. mynd  
sta eiga at greiðast i isl. peningum, og at ríðstafa sta flytja til  
landins frá iðlandum ísl. peningasetla, ísl. skiptingum sta skuldveid-  
ingum, sem hljóta um greiðslu i isl. mynd sta eiga at greiðast i isl. peningum  
- Heimill at þó forþegnum, sem þotast til iðlands, at hafa mat <sup>mat</sup> <sup>mat</sup>  
at 350 kr. i isl. peningum til þess at greiða mat fotti og þjónustugjald frá  
skipi frá Ísl. til vel. höfum og forsetil, fotti og þjónustugjald frá vel. höfum  
til Ísl., enda qfi forþegor skipinu um það, áður en þeir fara til iðlands,  
hva mikla peninga þeir hafi matfarti, og við komu sína oftr hingat  
til lands skipinu um það, hvort þeim peningum, sem þeir höfu matfarti  
til iðlands, hafi öllum mat oarft til greiðslu á fotti og þjónustugjald.  
til og frá iðlandum og forsetli hingat til lands frá iðlandum. Ni hafa  
forþegor greitt fotti, þjónustugjald sta forsetil ið hingat oftr átr um  
skipit laggar hitan ið höfum, sta þeir fá allt sta eitthv. af þessum ákeypis  
ata þeir atla eldi ið hingat oftr, og dragst þá undviri: þess atá tilvarand:  
þjóskot frá framangreindum 350 kr., og lokur þeir ið þjóskot, sem forþegor mega  
hafa mat síð, at tilhölu vit það sta fellur alveg undir. - Skipinu þot.  
sem forþegnum ber at gefa elv. framansögtra, skulu þeir gefa og undviri  
um leit og þeir talva forsetil, sta ef þeir þotast ákeypis, þá átr um skipit

þeggu ís höfu, en skipet. Þer at sefa þeim og afhenda þer, ásamt  
lista yfir allar forþega, sem fara til iðlands, tolltíðskitsmanni á sit-  
ustu höfu skipisins hér á landi og þat svo fínauka, at brottför  
skipisins þessi ekki at teffast neqna ætluqunor í skipslum og listum.  
Skipetj. þer, hvort sem um forþegaskip ox at nota sta ekki, at af-  
henda sama tolltíðskitsmanni lista yfir skipora og yfirlýsinga sína  
og skipora um þat, at þeir flýti ekki ísl. gjaldsyr til iðlands.  
— Skipshv forþega, forþegalista, yfirlýsing skipora og lista yfir þá þer toll-  
tíðskitsmanni sitan at senda gjaldsyr og infl. u. — Allis, sem hringot  
koma frá iðlöndum, hvort sem um forþega sta skipora, skulu í fyrstu  
höfu, at skip tekur hér á landi, gfa og afhenda tolltíðskitsmanni  
yfirlýsinga um þat, at þeir hafi ekki metþotis sta flýti til landies  
ísl. þeringa sta annar ísl. gjaldsyr. Yfirlýsingar þessar skulu tolltíð-  
skitsmann sitan senda gjaldsyr og infl. u. ásamt skipslum þeim, sem  
voti um í 3. mgr. 1. qd. og þessara. — Tolltíðskitsmönnum ox at framk.  
eftirlit til þess at tryggja þat, at ísl. gjaldsyr sé ekki fluttur hatar til  
iðlands sta frá iðlöndum hringot. Þinnig þer póstaforritslumör-  
ann at framk. eftirlit með krifa og böggfarsendingum til þess at  
þyriþegga þat, at ísl. gjaldsyr sé fluttur til sta frá iðl. í pósti. —  
Gjaldmálaráttuneyfit hatur gfa og afhendi tolltíðskitsmönnum til rit-  
kytingor systablot undir skipshv, yfirlýsingor, forþega- og skipora-  
lista, sem um vati í þessari grein.]”

4. qd. [Hödu en þessing iðflutningsvora í vti stot, skulu iðflýti-  
undor afhendi þegguþerj. sta umboðum hant, í Ríki tolltíj., skrifl. yfirlýs-  
ingum um eftirgreind atíkt vortandi þincor iðflutth vöru: 1. Tölu, umqun  
36r. 4q. nr. 115, 11. öll. 1855 §3



legund og maki voranna, nöf vendanda og niðtalanda, svo og á hana  
ritat vottorð, undirritat af skipstj. og, af um stýkkyðum & af rata, einnig  
af atqum. um, af skipstj. hafi ekki tekið frá umræddi höfuðvörð sta  
meiri inflatjónsvörð en á forsmáttum græni. — Þinnig skal skipstj.  
afhenda á eintaktu höfuð, af skipstj. tekið vörð til inflatjóns, löngstj.  
sta umbr. hant, í þriðj. tölly, heildarformetki yfir alla vörð, sem skipstj.  
hefur tekið til inflatjóns bei á landi í umræddi ferð, og skal  
á hana ritat vottorð, undirritat af skipstj. um, af í skipinu sein elki.  
áður sta meiri inflatjónsvörð en á heildarformetki græni. —  
fransmannskjöld skal löngstj., í þriðj. tölly, ántan tekið laust  
senda gjaldvegis og inflatj. ]'

5. gr. Albt andvisti fjökyð, sem íslensk skip selja & landi, skal  
geitt í veitungra landi. Þl. sta lík. b. þl. 1/4 & landi. Þó getur gjaldvegis  
og inflatj. veitt eitrym. heimild til af röttafa tiltekinni eyphat í  
hövri ferð í þorfi eitrymna, enda & þeim skýtt af senda nefnd  
inni skilgreini yfir röttafem andvisti's aflans, þygi afti af eka hefur fröfham.

6. gr. Þangri & l. vörð me flýgja til landis nema met þygi gjaldvegis  
og inflatj. — Atqum. og þorlafqum. & landi af afhenda inflatjónum  
& l. vörð, nema þei þygi fram skilríki met ritum atkomandi  
löngstj. (í þriðj. tölly) um, af afhending megi fara þann.

7. gr. Umsóknir um inflatj. og gjaldvegisþygi skal senda nefndinni met  
hafit. þygi vörð áður en vörðum eru þantat, ásamt þeim skipstj.  
og gögnum, sem nefndin tekið vörðvegi. Nefndinni & heimild af  
selja þann skilríki þygi þygi vörðvegi, sem hanni þygi ákotta til.

2. Sbr. rý. nr. 56. 27. júlí 1936.



allt af kr. 10000,00, nema þessu veitingu þiggi við skv. lögun

3. gr. Mat mið til af brotum á veiting. þessari skal fara sem  
ölu. lögsöguval.

Reg. 11/1937 §4: „Reg. nr. 20, 7. mars 1935, um brýkt. á vq. um gjald-  
sýrisvæðum, innfl. o. fl. 11. jan 1935, er ís. jeld. feldt.“

Valutaloven af 22. Dec. 1937. Af B. Højle og N.P. Maden - Reykjal

65. H. Naar der tales om <sup>et</sup> Deviser bankes paa Deviser i videste Betydning, nemlig Indbegreb af udenlandske Betalingsmidler (Mossbauer, Das Geld p. 257 med Note 2), altsaa kaada Mønt og kortfristede Tilgodehavendes. Se om Ordet Valuta; sin videste Betydning kan betyde det samme, og den tekniske Betegnelse Deviser at foretrække.

Ordet Valuta kan altsaa have samme Betydning og seendes betegne Indbegreb af et Lands Betalingsmidler, nemlig Overførsler, Checks, Mønt, Pengesedler og Veksler.

"Zahlungsmittel im Sinne dieses Gesetzes sind Geldsorten (Münzgeld, Papiergeld, Banknoten u. dgl.), Auszahlungen, Anweisungen, Schecks und Wechsel; Reichsmarknoten im Sinne dieses Gesetzes sind Reichsbanknoten, Rentenbankscheine, und Privatbanknoten." § 6.

Vgl. Hostenstein ad § 6, Note 2-12:

Es umfasst neben Geld im engeren Sinne (Geldsorten) und über den gewöhnlichen Sprachgebrauch hinausgehend die im wirtschaftlichen Verkehr zur Leistung von Zahlungen üblicherweise verwendeten, auf Geldleistungen lautenden Titel. .... Man wird als Zahlungsmittel alle das anzuwenden haben, was im wirtschaftlichen Verkehr Geldfunktionen zu erfüllen bestimmt und in einem körperlichen Gegenstand verbrieft ist. Briefmarken sind in der Regel keine Zahlungsmittel; ungestempelte, kernfähige müssen aber